

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

15. Sitzung
10. November 2022

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.31 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0588
**Gesetz zur Anpassung schulrechtlicher Regelungen
im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie im
Schuljahr 2022/2023**

[0119](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0104](#)
Situation des Ausbildungsmarkts in Berlin –
Beginn des Ausbildungsjahres 2022/2023
(auf Antrag der Fraktion der FDP) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0106](#)
Evaluation der Berufsorientierungsprogramme
in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der FDP) BildJugFam
- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0112](#)
Drucksache 19/0460 BildJugFam
Arbeit der Jugendberufsagentur Berlin 2021
Drucksachen 18/2400 (B.68) und 19/0400 (B.78)
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Dazu möchte ich recht herzlich alle Anzuhörenden begrüßen und auch für die Geduld danken! Ich begrüße als Anzuhörende Frau Birgit Fechner-Barrère, bezirkliche Koordinatorin der Jugendberufsagentur vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Herrn Heiko Glawe, Ansprechpartner für berufliche Bildung beim DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, Frau Jacqueline Lauk, CEO von Blinker FuturePlanner, Herrn Ronald Rahmig, Vorsitzender des Vereins Berufliche Bildung in Berlin, Vereinigung der Leitungen berufsbildender Schulen in Berlin e. V., sowie Frau Sandra Trommsdorf, Bereichsleiterin Wirtschaft und Politik von der IHK Berlin. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! Ich gehe davon aus, dass gemäß § 26 Absatz 7 Satz 4 Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ein Wortprotokoll von dieser Sitzung erstellt wird. Der Besprechungsbedarf zu den Punkten 3 a und b wird durch die Fraktion der FDP begründet. – Frau Dr. Jasper-Winter, bitte!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Das Ausbildungsjahr ist gestartet, und das Thema, ob junge Leute einen Ausbildungsplatz finden ist, auch angesichts des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels, in aller Munde. Da ist es natürlich wichtig, dass wir den Blick auf Berlin werfen und uns hier auch noch mal von unseren Expertinnen und Experten, was die Thematik Bildung an den Schulen oder an den Berufsschulen angeht, etwas mit auf den Weg geben lassen. Insofern herzlichen Dank an Sie, dass Sie sich die Zeit heute nehmen, um uns mit Ihrer Fachkompetenz zur Verfügung zu stehen!

Es gibt zu Anfang eines Ausbildungsjahres, wenn – wie jetzt seit Kurzem – die Zahlen vorliegen, immer die Auseinandersetzung: Gibt es genug Ausbildungsplätze, ja oder nein? Sind die jungen Leute gut auf eine Ausbildung vorbereitet, wenn sie die Schule verlassen? – Um noch mal ein paar Zahlen in den Raum zu werfen: Wir haben circa 15 000 Ausbildungsplätze in Berlin, die angeboten wurden; 1 000 mehr als letztes Jahr, was angesichts der vielen Krisen, die wir haben, die selbstverständlich auch die Berliner Wirtschaft und die Ausbildungsbetriebe betreffen, erst mal ein gutes Zeichen ist. Wir haben immer noch circa 3 000 Bewerberinnen

und Bewerber – Stand jetzt –, die noch keine Lehrstelle gefunden haben. Gleichzeitig haben wir noch 1 500 offene Lehrstellen in Berlin, die nicht besetzt sind. In Brandenburg sind noch 2 000 unbesetzt. Wir besprechen heute ja auch die Sichtweise der Jugendberufsagentur. Diese hat auf ihrer Webseite ganz groß stehen: „Es sind noch 10 000 Lehrstellen frei.“ – Wenn man das dann mal eingibt im Portal ausbildung.berlin, kommen sogar über 12 000 Treffer offener Stellen, die dort angeboten werden. Also irgendwo ist da eine Diskrepanz.

Die Senatorin für Arbeit Frau Kipping sagt, es liegt an den Unternehmen. Wir haben, wenn wir die absoluten Zahlen an Ausbildungsstellen der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg vergleichen, zu wenige Ausbildungsbetriebe, einen Gap sozusagen der angebotenen Stellen versus der benötigten, weil noch unversorgte Bewerber da sind. Gleichzeitig finden sich aber mehr oder minder immer noch offene Stellen, sodass wir zu dem für uns hier im Bildungsausschuss wichtigen Punkt kommen: Was ist mit der Orientierung der jungen Leute, weil das Matching ja offenkundig ein Problem ist? Kommen also die jungen Leute an eine Stelle beziehungsweise die Unternehmen und Ausbildungsbetriebe an die jungen Leute? – Da werden gleich verschiedene Maßnahmen diskutiert, wie man dafür sorgen kann, dass junge Leute leichter einen Ausbildungsplatz bekommen. Frau Kipping kommt mit ihrer unsäglichen Ausbildungsumlage, die unseres Erachtens keinen Mehrwert, sondern nur eine Belastung bringen wird. Aber worin sich ja viele einig sind, ist: Wir brauchen eine bessere Berufsorientierung an den Schulen, vor allem weil wir in Berlin mit 34 Prozent die höchste Lösungsquote der Ausbildungsverträge in ganz Deutschland haben. Im Handwerk sind es sogar 40 Prozent der Verträge, die im ersten Jahr wieder gelöst werden. Das ist eine Katastrophe für die jungen Menschen, aber auch für die Betriebe, für die das natürlich keine Motivation und auch teuer ist, um es mal ganz klar zu sagen. Das heißt, wir müssen da dringend ran, und da sind natürlich wir als Bildungspolitiker und die Senatsverwaltung für Bildung gefragt, hier endlich ein Update der Berufsorientierung hinzubekommen und dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen in der Unübersichtlichkeit der Möglichkeiten, die es heutzutage gibt, ihren Weg finden können und Chancen bekommen. Insofern freue ich mich, dass wir das Thema heute nicht so sehr aus einer arbeitsmarktpolitischen, sondern aus einer bildungspolitischen Perspektive diskutieren. Ich glaube, das ist ganz wichtig, nicht nur aus Gründen des Fachkräftemangels, sondern auch aus Gründen der Chancen für junge Menschen, die sie, finde ich, verdient haben.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Wird die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 c von der SPD-Fraktion gewünscht? – Frau Aydin, bitte!

Sevim Aydin (SPD): Ich werde das nur kurz machen. Die Jugendberufsagenturen spielen eine wichtige Rolle, um Jugendliche in Ausbildung zu bringen, und dieser Bericht wird ja im Grunde gemacht, um die erbrachten Beratungsleistungen und die Maßnahmen, die angeboten werden, jährlich zu überprüfen und Verbesserungen herbeizuführen. Gerade Jugendliche haben, was Berufsberatung, berufliche Orientierung angeht, aufgrund der Coronapandemie sehr gelitten. Viele Sachen haben nicht funktioniert, auch die Zusammenarbeit der Akteurinnen. Das war ja auch im letzten Bericht erkennbar. Insofern dient dieser Bericht dazu, noch mal darüber zu diskutieren, was verbessert worden ist und welche Schritte man jetzt noch unternehmen muss, um die Situation der Jugendlichen zu verbessern und sie in Ausbildung zu bringen. Danke noch mal an alle, die heute dazu berichten!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Dann frage ich: Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Sehr gerne, Frau Vorsitzende! – Als Erstes: Es ist wirklich ein ernstes Thema in Berlin, und es hilft, denke ich, überhaupt nicht, wenn man immer mit dem Finger auf Akteure zeigt: wir – was weiß ich – auf die Kammern, die Kammern auf die Schulen. So kommen wir auch nicht weiter. Es ist auch hier nicht viel schönzureden, aber ich denke, dass wir schon ein sehr gutes Angebot vorhalten, was nicht heißt, dass man nicht in der Zusammenarbeit mit allen noch besser werden muss.

Zum Ausbildungsmarkt: Aus Sicht unserer Verwaltung ist die Ausbildungssituation in Berlin weiter angespannt, da eben oft – hier steht es vornehmer – die „Passung“ nicht gegeben ist, also der junge Mensch nicht zum Betrieb passt oder auch umgekehrt. Berlin hat eben leider nicht die große Industrie. Wir haben viele Start-ups, aber Start-ups bilden nicht aus. Was wir brauchen, ist also eine ganz transparente und ehrliche Kommunikation, einmal mit unseren jungen Menschen, gerade auch mit denen, die eben nicht die guten Bildungsabschlüsse geschafft haben, damit auch sie ihren Platz in der Wirtschaft finden. Denn Fachkräftemangel ist ja überall, und wenn man einen Jugendlichen ein bisschen an die Hand nimmt, dann schafft man das auch. Aus rein abstrakten Zahlen von Ausbildungsstellen müssen wir jetzt also wieder junge Menschen machen und dann damit umgehen.

Die aktuellen Daten der Regionaldirektion zeigen folgendes Bild: Bei den Berliner Arbeitsagenturen und Jobcentern meldeten sich von Oktober 2021 bis September dieses Jahres 20 902 Personen, um mit Unterstützung der Berufsberatung einen Ausbildungsplatz zu finden. Im letzten Jahr waren es gut 100 weniger. Die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen ging um 1 034 Stellen auf 15 016 nach oben, aber Ende September waren immer noch 3 135 Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz. Gleichzeitig waren – wie heute auch schon gesagt – 1 502 Stellen noch unbesetzt. Aber es passt eben nicht alles.

Bedenklich ist auch der geringe Zulauf zu Angeboten der Berufsbildungsvorbereitung, insbesondere bei, wie schon gesagt, jungen Menschen mit nicht so guten Bildungsvoraussetzungen. Es ist davon auszugehen, dass eine nicht unerhebliche Gruppe von Jugendlichen entweder in den gymnasialen Oberstufen der ISSen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien verbleibt oder sich in kurze unqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse begibt oder, das ist die schlechteste Variante, einfach abtaucht, und das ist besonders in den letzten beiden Jahren passiert.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales erarbeitet im Auftrag der Koalition Konzepte, um mehr jungen Menschen einen vollwertigen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Wir müssen besonders die Bewerber-Stellen-Relation deutlich nach oben verbessern. Der Senat ist mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kammer gerade in der zentralen Frage des Ausbildungsmarktes in einem gegenseitigen Austausch und natürlich offen für unterschiedliche und auch kritische Positionen zur Qualität von schulischer Ausbildung und Schulabschlüssen. Ich bin selber auch vor gut einer Woche Gast bei der IHK gewesen, und wir haben uns zwei Stunden mit diesem Thema beschäftigt. Also Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes, und aber auch, dass man ganz ehrlich und kritisch auf das Kompetenzniveau der Bewerberinnen und Bewerber guckt. Ich möchte mich jetzt schon bei den heutigen Anzuhörenden bedanken und bin ganz gespannt auf ihre jeweilige Position.

Zum Berufsorientierungsprogramm: Unsere Schulen sind der zentrale Ort für die berufliche Orientierung. Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen eine Orientierung zu geben und eine Einschätzung ihrer eigenen Kompetenzen und Talente, über die Angebotsvielfalt Berlins zu liefern, denn das wissen Sie auch, wenn Sie mal fragen würden, wie viele Berufe es gibt, dann werden gar nicht so viele aufgezählt. Es gibt Berufe, von denen haben die Jugendlichen und auch die Eltern noch nie etwas gehört. Der Weg ist also oft nicht so gradlinig und auch, dass Kinder und Jugendliche oft mit den Abbrüchen von Lehrverträgen frustriert sind. Umso wichtiger sind die BSO-Maßnahmen, die wir haben. Zum einen hat der Talente-Check – den habe ich mir auch angeguckt –, ein Format, um junge Menschen zu begeistern. Achtklässler können dort einen Tag verbringen und ohne Leistungsdruck und mit viel Freude Potenziale bei sich selbst entdecken, die ihnen so vielleicht vorher noch gar nicht klar waren.

Auch das Programm „Komm auf Tour“ zeigt den Jugendlichen ihre Stärken und kann sie auch mit realistischen beruflichen Szenarien verbinden. Die Evaluation der Berufsorientierungsprogramme liegt in der Verantwortung der Arbeitsverwaltung, und entsprechende Mittel sind im Einzelplan 11 hinterlegt.

Jetzt noch mal zur Jugendberufsagentur: Die jungen Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf brauchen, ganz wichtig, Beratungs- und Unterstützungssysteme, die einfach und klar sind. Die Jugendberufsagentur Berlin, zu der auch der Talente-Check gehört, unterbreitet seit 2015 von der Ausbildungsberatung bis hin zur Unterstützung in schwierigen Lebenslagen diese Angebote unter einem Dach. An den zwölf regionalen Standorten der JBA Berlin in den Bezirken können sich auch Eltern und Lehrkräfte über die Angebote informieren – ganz wichtig. Das sind dann oft die Menschen, die noch unterstützender sein können als die Fachfrauen und Fachmänner vor Ort. Dieses System hat sich selbst in den schwierigen Zeiten der Pandemie als positiv erwiesen, aber die Arbeit muss weiter verstärkt werden. Mit der Einrichtung der JBA Berlin wurden die Rahmenbedingungen deutlich verbessert, erfolgreiche Übergänge von Schule und Beruf zu erreichen. Neben den guten organisatorischen Bedingungen ist es auch die fachliche Expertise, die hier ins Auge fällt.

Ein ganz wichtiges Moment, gerade in der Coronapandemie, war auch, Jugendliche durch aufsuchende Maßnahmen zu erreichen. Die, die man gar nicht mehr gesehen hat, hat man aufgesucht und mit großem Erfolg Aug in Aug beraten. Das ist es ja immer: Der Mensch ist eben nicht zu ersetzen durch einen digitalen Austausch. Gerade von denen, die abgetaucht sind, haben wir ein paar wieder an die Wasseroberfläche bekommen. – Das erst mal als kurzer Einstieg; wenn, dann würden Sie, Herr Salchow, noch ergänzen, aber vielleicht später, nachdem die Anhörung war. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Dann starten wir jetzt mit der Anhörung, am besten in alphabetischer Reihenfolge. Wir haben uns eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten für die Abgeordneten und für die Anzuhörenden von fünf Minuten gegeben. – Wir beginnen mit Frau Fechner-Barrère. – Bitte!

Birgit Fechner-Barrère (BA Tempelhof-Schöneberg; bezirkliche Koordinatorin der Jugendberufsagentur): Herzlichen Dank für die Einladung, hier die Sichtweise der Jugendberufsagentur, und zwar aus einem Standort, das heißt also, aus der praktischen, operativen Ebene in Tempelhof-Schöneberg darzustellen! Ich habe das Glück, dass ich die Jugendberufsagentur – – Ich sage immer, das ist so ein bisschen mein Kind, weil ich 2014 in den Expertenkommissionen, die in Berlin waren, mitgearbeitet habe, um zu gucken, ob das, was damals in Hamburg gemacht wurde, auch für Berlin sinnvoll sein kann und ein guter Weg ist. Wir haben dann am Standort in Tempelhof-Schöneberg im Oktober 2015 mit zwei anderen Bezirken, auch zwei Standorten, als Erste eine Jugendberufsagentur eröffnet. Die Jugendberufsagentur – was Frau Busse, die Senatorin, gerade gesagt hat – zeichnet aus, und ich denke, das haben wir jetzt in sieben Jahren so langsam entwickeln können, dass alle Partner auf Augenhöhe miteinander kooperieren. Ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen, das war nicht so einfach zwischen Bezirk, Senatsverwaltung für Bildung, mit den Beraterinnen und Beratern für berufliche Schulen und der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter, die natürlich alle unterschiedliche Fokuse und einen unterschiedlichen Blick auf die jungen Menschen haben. In der Jugendberufsagentur haben wir mittlerweile den Vorteil, dass wir unter einem Dach sitzen, das heißt, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort kennen sich. Es sind kurze Wege, und junge Menschen können da mit einem ganzheitlichen Blick beraten und die Expertisen miteinander ausgetauscht werden. Das machen wir zum Beispiel in Form von rechtskreisübergreifenden Fallkonferenzen, wo alle Rechtskreise zusammenkommen, wo anonymisiert dann Problemlagen und Situationen, Bedarfe von jungen Menschen besprochen werden, um zu gucken: Was ist der richtige Weg? Welcher Partner am Standort kann hier zum Beispiel Angebote machen, kann Dinge für diese Zielgruppe von jungen Menschen umsetzen?

Ich bin eine Vertreterin, die, wie vorgestellt wurde, als bezirkliche Koordinatorin tätig ist. Das heißt, ich stehe natürlich für die Zielgruppe, die es ein bisschen schwerer hat auf dem Weg in den Arbeitsmarkt, die ein bisschen mehr Unterstützung braucht als die jungen Menschen, die von den Berufsberatern schon mit einem Beratungsgespräch in der Schule erreicht und dann von der Berufsberatung weiter betreut werden. Wir arbeiten sehr eng in der bezirklichen Koordination mit dem Jobcenter zusammen, also mit dem U-25-Bereich, da vor allen Dingen mit den Fallmanagern, die für komplexe Problemlagen zuständig sind. Das Thema wurde vorhin auch schon mal angesprochen, junge Menschen mit komplexen Problemlagen. Davon haben wir natürlich einige in der Jugendberufsagentur zu beraten und zu betreuen. Wir freuen uns

sehr, dass es geschafft wurde, gerade das Fallmanagement auch in die Jugendberufsagentur zu integrieren, denn das war vorher nicht der Fall und so nicht angedacht.

Wir haben nicht nur eine Kommensstruktur. Auch das hat Frau Busse gerade erwähnt. Die Jugendberufsagentur hat in ihrem Konzept noch zusätzliche Angebote, die auch für die Bezirke finanziert und von den Bezirken durch freie Träger der kommunalen Jugendhilfe ausgeführt werden. Zum einen ist das das Coaching. Da gehen Mittel in die Bezirke, und am Standort der Jugendberufsagentur in Kooperation mit der bezirklichen Koordination arbeiten sogenannte Coachingträger, freie Träger der Jugendhilfe, um junge Menschen mehr unter ihre Fittiche zu nehmen, längerfristig zu begleiten und zu betreuen im Rahmen des Coaching-Case-Managements.

Ein ganz wichtiges anderes Angebot, das von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales als Modellprojekt in den Standorten der Jugendberufsagentur finanziert wird, ist die Clearing- und Erstberatung zu sozialintegrativen Leistungen, und die hat vor allen Dingen in den zwei Jahren der Pandemie einen ziemlichen Aufwuchs gehabt und war auch kontinuierlich weiter am Start. Warum kommen junge Leute, obwohl der Arbeitsmarkt gut aussieht, trotz allem nicht in den Arbeitsmarkt? – Weil sie ganz viele andere Baustellen haben, und das merken wir immer wieder über die Clearing- und Erstberatung. Da wäre zum Beispiel die prekäre Wohnsituation. Ich glaube, das muss ich keinem sagen in Berlin. Das ist ein großes Problem. Es ist aber auch die psychosoziale Vereinsamung vieler junger Menschen, vor allen Dingen in der Pandemie. Das Homeschooling ist nicht bei allen jungen Menschen gut angekommen. Sie konnten es auch nicht leisten. Sie hatten nicht die notwendige Unterstützung. Auch da waren in der ganzen Zeit der Pandemie die Kolleginnen und Kollegen der Clearing- und Erstberatung bei uns immer am Start und hatten einen großen Zulauf von jungen Menschen, die ihre Beratung in Anspruch genommen haben und der einzige Ansprechpartner für sie waren. Wir haben alternativ draußen auf der Parkbank beraten, wenn es keine Möglichkeiten gab, es im Haus zu machen. Es gab Möglichkeiten über die Telefonberatung. Die Kolleginnen und Kollegen war da super kreativ.

Ein anderes wichtiges Konzept im Rahmen der Jugendberufsagentur ist die aufsuchende Arbeit, das heißt, die aufsuchende Arbeit wird sowohl durch das SGB VIII, also durch den Bezirk finanziert, von Trägern der freien Jugendhilfe gemacht, als auch über Maßnahmen des Jobcenters im Rahmen des SGB II. Aufsuchende Arbeit heißt, dass die Kolleginnen und Kollegen der Träger an den Brennpunkten im Bezirk sind. Bei uns im Bezirk gibt es zum Beispiel ein sogenanntes Job-Mobil, das heißt, das ist ein Auto, das auch erkennbar ist, ein Mercedes Sprinter, das durch den Bezirk fährt, an bestimmten Stellen steht, in dem Bus kann beraten werden, und die sehr eng, so sieht unser Konzept es vor, mit den Jugendfreizeiteinrichtungen oder den Familienzentren als Anlaufpunkt für die jungen Leute zusammenarbeiten. Das Konzept hat sich bewährt. Das hatten wir übrigens schon vor der Jugendberufsagentur im Rahmen der Jugendberatungshäuser. Wir haben sie aber mit in die Jugendberufsagentur reingenommen, und die aufsuchende Beratung ist mittlerweile auch ein Standard an allen Standorten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich muss Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Birgit Fechner-Barrère (BA Tempelhof-Schöneberg): Ja. – Was wäre mein Wunsch? – Mein Wunsch ist, dass wir Angebote in der Jugendberufsagentur noch ausbauen müssen, zum Beispiel die inklusive Jugendberufsagentur. Wir haben ganz viele junge Menschen in der

Grauzone zwischen Rehabedarf, psychischen Beeinträchtigungen, die einfach mehr Unterstützung brauchen. Dafür sind die Angebote der Jugendberufshilfe ganz wichtig, die in Berlin über § 13 Kinder- und Jugendstärkungsgesetz finanziert und von den Bezirken verantwortet werden. Die müssen auskömmlich finanziert werden. Wir sind gerade dabei, mit den Trägern, die diese Maßnahmen anbieten in Berlin, neue Modelle, neue Konzepte zu entwickeln, um zu gucken, wie darüber die Zielgruppe der jungen Menschen, die es ein bisschen schwerer haben und für die nicht der erste Arbeitsmarkt sofort erreichbar ist – – Auch die jungen Geflüchteten sind eine große Zielgruppe bei uns, seit 2015 zuerst Sprachkurse, jetzt sind sie mittlerweile so weit, dass sie in den Arbeitsmarkt integriert werden können, brauchen verstärkte Angebote. – Ich mache jetzt mal Schluss. Den Rest können Sie dann noch nachfragen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Herr Glawe, bitte!

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg; Ansprechpartner Berufliche Bildung): Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, hier sprechen zu können! Ich habe eine Präsentation dabei.

Vorbemerkungen



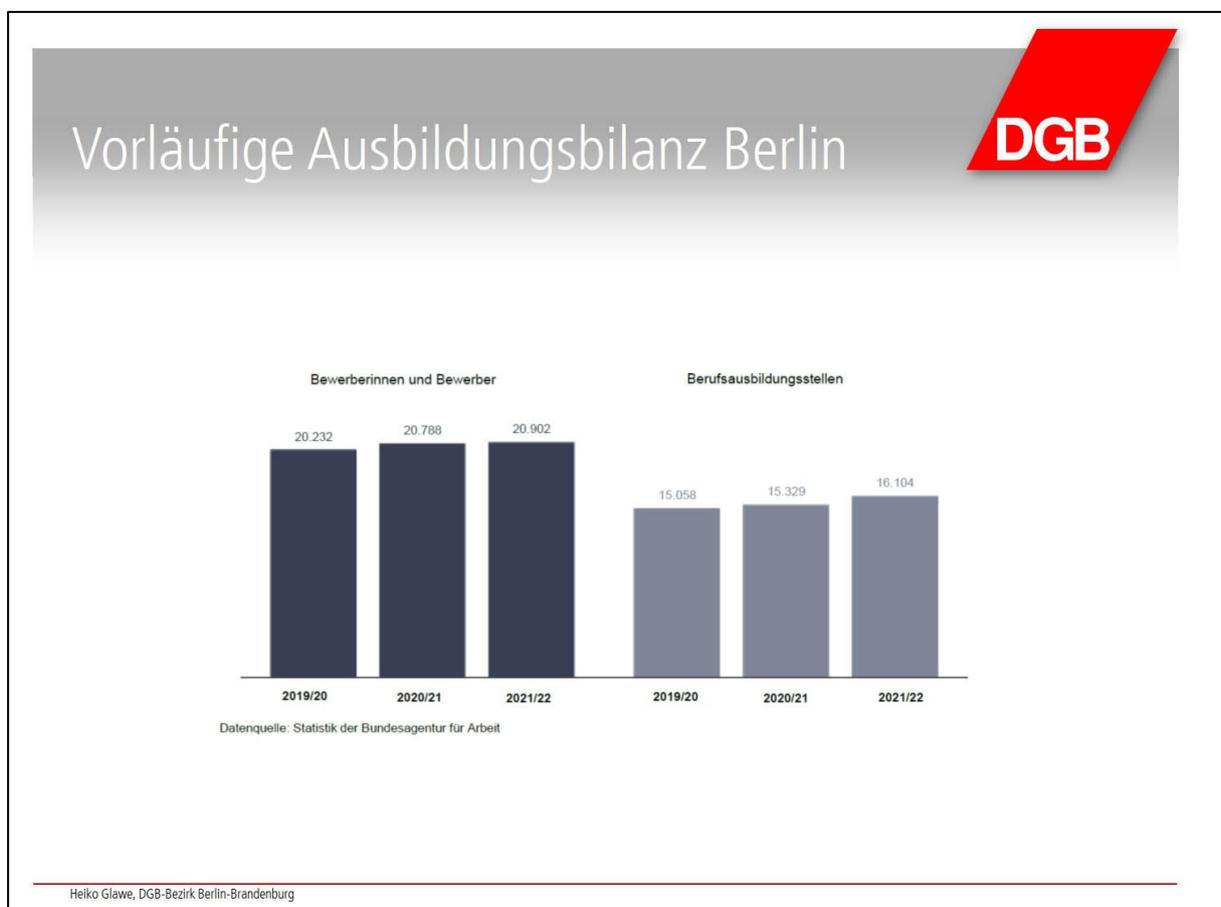
- Die Pandemiejahre 2020 und 2021 waren für viele Kinder und Jugendliche besonders belastend.
- Dies hat sich auch in der beruflichen Ausbildung gezeigt, die Zahl der Ausbildungsverträge ist 2020 eingebrochen (-14,2%).
- Die Ausbildungssituation in Berlin war allerdings schon deutlich vor der Pandemie angespannt, trotz der wirtschaftlichen Boomjahre sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fast jedes Jahr.
- Zur Deckung des Fachkräftebedarfs sind mehr und neue Anstrengungen notwendig, auch bei der dualen Ausbildung.
- Dazu gehören aus Sicht der Gewerkschaften attraktivere Ausbildungsbedingungen.
- Gute Ausbildung kostet Geld, eine solidarische Finanzierung der Ausbildung durch eine Beteiligung nicht ausbildender Betriebe ist dazu ein wesentlicher Beitrag. Das zeigen die Beispiele der Umlagefinanzierung, z.B. in der Bauwirtschaft.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Gestatten Sie mir ein paar Vorbemerkungen, wobei einiges davon Frau Fechner-Barrère im Prinzip schon angesprochen hat: Was für uns alle nicht neu ist, ist, dass die Pandemiejahre 2020 und 2021 für viele Kinder und Jugendliche besonders belastend waren. Manchmal hat man den Eindruck, dass das, wenn wir über Ausbildung und Schwierigkeiten zu Beginn der Ausbildung reden, so ein bisschen in Vergessenheit gerät. Ich glaube, es ist ganz wichtig, das

immer wieder im Blick zu behalten, dass es vielleicht nicht selbstverständlich ist oder man nicht davon ausgehen kann, dass Kinder und Jugendliche jetzt genauso aus der Schule kommen, wie es vielleicht 2019 der Fall war. Insofern bin ich dankbar für die Einschätzung. Vor allem im ersten Jahr der Pandemie ist die berufliche Bildung gerade in Berlin dramatisch eingebrochen. Die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sind 2020 um 14,2 Prozent zurückgegangen. Seitdem hat sich die Zahl wieder stabilisiert. Das ist gerade gesagt worden. Ich glaube, die Zahlen müssen wir jetzt nicht noch ein drittes Mal wiederholen. Sie sind bekannt. Wir haben in der Tat einen Aufwuchs, aber letztendlich haben wir im Grunde genommen einen Ausgleich von dem, was während der Pandemie verloren gegangen ist. Die Ausbildungssituation in Berlin war allerdings schon vor der Pandemie sehr angespannt, und zwar trotz der wirtschaftlichen Boomjahre. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist fast in jedem Jahr gesunken. Wenn wir jetzt über 15 000 reden: Wir hatten 2006 mal 20 000. Das ist schon erstaunlich, dass in einer Zeit, in der es den Unternehmen gut ging, sie offensichtlich sukzessive Ausbildungsplätze zurückgefahren haben.

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs sind daher mehr und auch neue Anstrengungen notwendig, auch bei der dualen Ausbildung, und dazu gehören aus Sicht des DGB, der Gewerkschaften, zum einen attraktivere Ausbildungsbedingungen, aber, und da kann ich den Ausführungen der Abgeordneten von der FDP leider nicht folgen, gute Ausbildung kostet Geld, und eine solidarische Finanzierung der Ausbildung durch eine Beteiligung nicht ausbildender Betriebe ist dazu ein wesentlicher Beitrag. Das zeigen die Beispiele der Umlagefinanzierung zum Beispiel in der Bauwirtschaft. Ich komme gleich noch darauf zurück.



Die Zahlen der vorläufigen Ausbildungsbilanz sind, wie gesagt, schon genannt worden.

Vorläufige Ausbildungsbilanz: Eckdaten



- Am 3. November wurden in einer gemeinsamen [Pressekonferenz](#) die Eckdaten zur vorläufigen Ausbildungsbilanz 2022 vorgestellt:

- Bewerber:innen 2021/2022: 20.902
noch suchende Bewerber:innen: 3.135

- Ausbildungsstellen 2021/2022: 16.104
davon betrieblich: 15.016
davon unbesetzt: 1.502

- Entscheidend ist letztlich die Zahl der neu abgeschlossenen
Ausbildungsverträge, die Ende des Jahres das Bundesinstitut für
Berufsbildung vorlegen wird.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Ich möchte sie jetzt nicht wiederholen, sondern darauf hinweisen, dass aus unserer Sicht letztendlich die Zahlen, die das Bundesinstitut für Berufsbildung im Dezember/Januar veröffentlicht, maßgeblich sind, denn das sind die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, nicht das, was sozusagen an – – Das, was wir momentan haben, ist also eine vorläufige Bilanz.

Ausbildungsangebot im langfristigen Trend



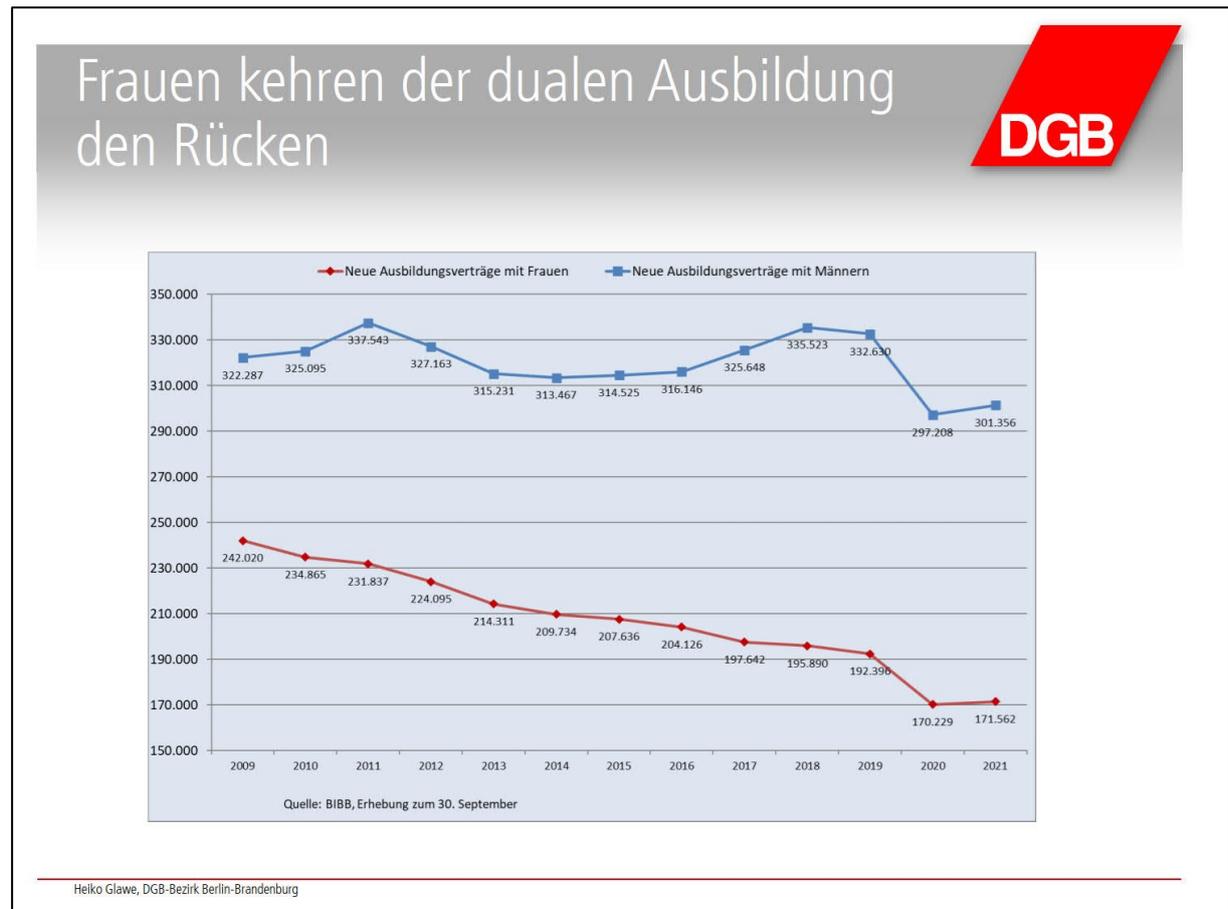
- Seit 2000 ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berlin um 37,5% zurückgegangen.
- Auch in der ökonomischen Boomphase der letzten 15 Jahre (BIP-Wachstum Berlin > Bund) sank die Zahl um 30%

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	2000	2006	2021 (Vergleich zu 2000)
Berlin	23.085	20.799	14.427 (-37,5%)
Brandenburg	19.896	19.572	10.335 (-48%)
Deutschland	621.693	576.153	473.064 (-24%)

Quelle: BBiB, Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2021

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Hier noch mal zur Verdeutlichung dessen, was ich eben gesagt habe. Wir hatten 2006 in Berlin 20 799, also fast 21 000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. 2021 sind es 14 427 gewesen, jetzt, 2022 bei den Verträgen wissen wir es noch nicht. Das ist ein Rückgang von 37,5 Prozent in dieser Phase, wie gesagt, in der es der Berliner Wirtschaft eigentlich sehr gut ging.



Bei der Frage: Wo kommen denn die jungen Menschen her, die wir alle brauchen und wollen? – möchte ich einen Aspekt besonders beleuchten. Wenn man sich die Entwicklung der Ausbildungsverträge in den letzten Jahren anguckt, dann haben wir bei den Männern bis vor Corona eine Stabilisierung gehabt, aber einen kontinuierlichen Rückgang bei den Frauen.

Ausbildungsreport 2022 DGB-Jugend





- Unterschiedliche Aussagen von männlichen und weiblichen Auszubildenden:
Während bei männlichen Auszubildenden das Interesse am Beruf im Vordergrund steht, spielen für junge Frauen die Ausbildungsbedingungen eine deutlich größere Rolle.
- ein gutes Arbeitsklima
Ausbildungsbedingungen und -zeiten
die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Genau diese Themen spielen allerdings bei der Berufsorientierung und bei Bewerbungsgesprächen bestenfalls eine untergeordnete Rolle, gleichzeitig sind die Abbruchquoten von Frauen, besonders im Handwerk besonders hoch (ca. 35%).

Heliko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Deshalb erlaube ich mir, darauf zu verweisen, dass im aktuellen Ausbildungsreport des DGB eine signifikante Unterscheidung der Angaben zwischen den weiblichen und den männlichen Auszubildenden gemacht wurde. Während bei den männlichen Auszubildenden das Interesse am Beruf sehr klar im Vordergrund stand, war es bei den jungen Frauen durchaus differenzierter. Da spielten Ausbildungsbedingungen eine deutlich größere Rolle: gutes Arbeitsklima, Ausbildungsbedingungen und -zeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Genau diese Themen spielen allerdings bei der Berufsorientierung und auch bei Bewerbungsgesprächen bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Gleichzeitig, das ist auch schon gesagt worden, sind beispielsweise im Handwerk die Abbruchquoten von Frauen mit über 35 Prozent sehr hoch. Sie haben es vielleicht gelesen: Vor einiger Zeit war im „Tagesspiegel“ ein Bericht über Sexismus im Handwerk und darüber, wie es in vielen Handwerksbetrieben leider aussieht. Wenn das nicht thematisiert wird, muss man sich irgendwann nicht darüber wundern – ich sage es mal etwas salopp –, wenn man auf der einen Seite mit dem erhobenen Zeigefinger auf die jungen Menschen und insbesondere auf die Frauen zugeht, wenn der gehobene Mittelfinger dann die Antwort ist.

Bewährte Wege neu gehen

DGB

- Anfang der 1970er führte der Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft zur Einführung einer Ausbildungsumlage, um insbesondere kleinere Handwerksbetriebe im Bau zu entlasten.
- An der Umlage sind alle Betriebe beteiligt, die mindestens eine weitere Person beschäftigen.
- Die Umlage basiert auf einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zwischen den Arbeitgeberorganisationen und der IG BAU. Arbeitgeber und Gewerkschaft beschließen gemeinsam die Verwendung.
- Die Umlage trägt sowohl quantitativ als auch qualitativ zu einer Guten Ausbildung bei.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Bewährte Wege neu gehen: Wie gesagt, wir haben bei der Frage der Umlage eine andere Position. Wir haben Umlagemodelle in Deutschland. Anfang der Siebzigerjahre führte der Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft damals zur Einführung der Ausbildungsumlage, um insbesondere kleinere Handwerksbetriebe im Bau zu entlasten und dafür zu sorgen, dass auch die Industriebetriebe im Bau sich entsprechend an der Ausbildung für die gesamte Branche beteiligen. Dementsprechend sind an dieser Umlage alle Betriebe beteiligt, die mindestens eine Person beschäftigen. Die Umlage basiert auf einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zwischen den Arbeitgeberorganisationen und der IG BAU. Arbeitgeber und Gewerkschaften beschließen also gemeinsam die Verwendung der Mittel, und das ist gerade in der aktuellen Diskussion auch noch mal sehr spannend, weil die Mittel nicht nur an die Betriebe zurückfließen, sondern auch gerade die überbetriebliche Ausbildung finanzieren oder Einrichtungen dafür. Vor Kurzem hat auf einer Tagung ein Vertreter des Bundesinstituts für Berufsbildung darauf hingewiesen, dass der Anteil der überbetrieblichen Ausbildung im Baubereich deutlich höher ist als in vielen anderen Gewerken. Gerade in Zeiten der Transformation ist es sehr wichtig, dass die qualitativen Voraussetzungen geschaffen werden. Deswegen trägt die Umlage quantitativ, aber vor allem auch qualitativ zu einer guten Ausbildung bei.



Das Institut der deutschen Wirtschaft, gerade nicht unbedingt eine Arbeitgeberorganisation, hat im vergangenen Jahr eine Berechnung angestellt. Interessanterweise wurde in der Presse im Wesentlichen über die erste Säule berichtet, nämlich dass für Kleinbetriebe, die relativ wenig ausbilden, wobei das auch mal anders war, eine Ausbildungsumlage eine Belastung wäre. Sie wäre aber für die Betriebe von 5 bis 20 Beschäftigten eine deutliche Entlastung. Genau deswegen ist es falsch, von einer Abgabe zu sprechen, sondern es ist eine Umlage.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Auch hier muss ich bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg): Ich bin gleich fertig. –

Berufsorientierung



- Schwerpunkt des Ausbildungsreports der DGB-Jugend 2022 ist die Berufsorientierung, zentrale Botschaften
- Über 70% der befragten Auszubildenden fanden die Berufsorientierung in ihrer Schule nicht hilfreich
- Als hilfreich wurden dagegen Praktika und auch die Beratung durch die Agentur für Arbeit/Jugendberufsagentur bewertet, sofern sie stattgefunden hat. Insbesondere die Beratungsangebote der Jugendberatungsagenturen waren allerdings wenig bekannt.
- Zu den Inhalten einer guten Berufsorientierung gehört allerdings neben der Informationsvermittlung der Vielfalt von Berufen auch, über Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu informieren.
- Besonders im Kontext der in jüngster Zeit verstärkt diskutierten peer-to-peer-Ansätze bekommt dieser Aspekt besondere Bedeutung, um den Jugendlichen auch deutlich zu machen, welche Rechte sie in der Ausbildung haben und welche Möglichkeiten, um die Rechte durchzusetzen.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Zur Berufsorientierung: Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Berufsorientierung muss gestärkt werden, und das hat in der Tat auch der aktuelle Ausbildungsreport noch mal bestätigt. Über 70 Prozent der befragten Auszubildenden fanden die Berufsorientierung in ihrer Schule nicht hilfreich. Als hilfreich wurden dagegen Praktika und auch die Beratung durch die Agentur für Arbeit – Schrägstrich – Jugendberufsagentur bewertet, sofern sie stattgefunden haben. Vielen Jugendlichen waren diese Angebote nicht bekannt. Zu den Inhalten einer guten Berufsorientierung gehört allerdings neben der Informationsvermittlung über die Vielfalt von Berufen auch die Vermittlung von Informationen über Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, und das ist insofern noch mal ganz wichtig, weil in letzter Zeit verstärkt über Peer-to-Peer-Ansätze Jugendliche oder Auszubildende in die Schulen gehen, um dort für Ausbildungen zu werben. Das ist ein wichtiger Aspekt. Eine erschreckende Aussage des Ausbildungsreports war, dass über 50 Prozent der Auszubildenden nach dem vierten Lehrjahr ihren Ausbildungsbetrieb nicht weiterempfehlen würden. Nur mal als Vorstellung: Wenn Jugendliche in die Schulen gehen und sagen: Ich habe da gelernt, aber fange da bloß nicht an! –, ist das nicht unbedingt eine Werbung. Deswegen geht es auch darum, zu fragen: Welche Rechte gibt es in Ausbildungen? Welche Möglichkeiten gibt es, diese Rechte durchzusetzen, beispielsweise, wenn es darum geht, was wir leider immer wieder erleben, dass Jugendliche aus der Berufsschule herausgeholt werden, weil im Betrieb so viel zu arbeiten ist.

Berufsorientierung ausbauen, Jugendberufsagenturen stärken

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is a red parallelogram with the white letters 'DGB' inside.

- Der DGB unterstützt die Ausweitung der Berufsorientierung sowohl im Grundschulbereich als auch an den Gymnasien.
- Eine Ausweitung der Berufsorientierung, sowohl quantitativ als auch qualitativ, darf allerdings nicht auf dem Papier (Landeskonzept) stehen (bleiben), sondern muss in den Schulen auch umgesetzt werden können. Dazu braucht es entsprechende Ressourcen.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Der DGB unterstützt ganz ausdrücklich – das ist auch in der Fortschreibung des Landeskonzepts für Berufsorientierung so angelegt – die Ausweitung der Berufsorientierung sowohl im Grundschulbereich als auch in Gymnasien. Eine Ausweitung der Berufsorientierung, sowohl quantitativ als auch qualitativ, darf allerdings nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss in den Schulen auch umgesetzt werden können, und dazu braucht es entsprechende Ressourcen. Den letzten Satz habe ich jetzt nicht fertig geschrieben; den vergessen Sie bitte!

Beispiele



- Sozialpartnerschaftliche Projekte zur praxisbasierten Berufsorientierung mit dem Fokus Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft



Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Vielleicht abschließend noch zwei Beispiele dafür, dass vieles auch gelingen kann: Es sind zwei sozialpartnerschaftliche Initiativen, gerade auch im Baubereich. Die Bauwerkstatt spricht Schulen an und auch Grundschulen mit genau dieser Intention, nämlich das Interesse von Kindern eigentlich an praktischen Tätigkeiten zu wecken. Das ist schon ganz spannend, weil der Baubereich hat auch einen Gender-Bias: Nur ungefähr 18 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. In diesen Projekten ist der Frauen- oder Mädchenanteil immerhin bei 30 Prozent. – Das vielleicht nur mal als Beispiele. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Lauk, bitte!

Jaqueline Lauk (BLINKER FuturePlanner; CEO): Guten Tag und vielen Dank für die Einladung! – Hier wurde gerade viel über Matches gesagt: Die matchen nicht. Unternehmen matchen nicht mit den Azubis und umgekehrt auch nicht. – Das war der Grund für mich, 2006 schon eine bundesweite Ausbildungsberatung und -vermittlung zu gründen. Ich bin die erste privatwirtschaftliche Ausbildungsberatung und -vermittlung. Wir haben bundesweit jedes Jahr 30 000 Ausbildungsplätze. Wir machen jedes Jahr ungefähr 6 000 Beratungen mit meinem kleinen Miniteam und bringen die Leute in Ausbildung. Jetzt habe ich auch noch, weil ich gemerkt habe, das ist ein Riesenthema – – Viele Unternehmen haben Probleme, ein modernes Recruiting zu fahren, das heißt, Probleme bestehen darin, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie sich befinden. Deswegen wird es von unserer Seite aus in diesem Bereich noch mehr Unterstützung geben. Ich habe letzte Woche ein Ausbildungsportal übernommen, und

das wird mit modernen und neuen Methoden Unternehmen unterstützen, eher Azubis zu finden.

Wieso matchen die nicht? – Stellen Sie sich vor, Sie sind ein Unternehmen in Berlin und bekommen eine Bewerbung, in der steht: Hey, ich bewerbe mich bei Ihnen. – Das ist Alltag. Das ist kein Scherz. Wir haben ein Riesenproblem damit, dass junge Menschen unentschuldigte Fehlstunden nicht ernst nehmen. Ich weiß nicht, wie viel Aufklärung es darüber in den Schulen gibt. Aus meiner Sicht kaum welche. Es gibt Probleme mit Deutsch und Rechnen, aber – wir haben hier die IHK sitzen –, wer eine Kammerprüfung abschließen will, muss rechnen können und die deutsche Sprache beherrschen. Deswegen nehmen Unternehmen zum Teil keine Azubis an, denn es gibt wirklich grottenschlechte Bewerbungen, trotz aller Maßnahmen, die mit Berufsorientierung laufen.

Die Methoden von den Bewerbungsunterlagen sind veraltet. Die Unternehmen achten auf Halbjahreszeugnisse, was Fehlstunden angeht und solche Dinge. Die sind wichtig. Das sagt denen keiner.

Junge Menschen werden aus unserer Sicht in den Schulen viel zu wenig darüber aufgeklärt, welche Berufe es eigentlich gibt. Die kennen maximal zehn Berufe. Das ist so. Wissen Sie, was die beliebtesten Berufe zurzeit sind? – Justizvollzugsbeamtin, Polizistin, Immobilienkaufleute und, ganz wichtig, Verwaltungsfachangestellte. Das, was die jungen Leute im Moment bewegt, ist, dass sie Sicherheit haben wollen. Sie wollen eine finanziell abgesicherte Zukunft haben. Das ist deren Hauptthema. Das wird ihnen auch von vielen Eltern mitgegeben: Such' dir was Sicheres! – Die Problematik ist nur, dass ihnen keiner sagt, dass diese Berufe gar nicht immer so sicher sind. Das heißt, es fängt in den Schulen an, mal darüber aufzuklären, welche Berufe in der digitalisierten Welt eigentlich in Zukunft noch da sind, welche Berufe wichtig sind.

Wir stellen immer eine sehr interessante Frage in unseren Beratungsgesprächen, und zwar heißt die: Was kannst du gut? – Darauf gibt es kaum Antworten. Das heißt, die jungen Menschen – ich habe vorhin hier von Talentetests gehört, das ist alles super, macht auch Sinn – wissen oft gar nicht, was sie wirklich gut können, wo ihre Fähigkeiten sind. Dabei können wir sie anleiten, ihnen helfen und sie unterstützen. Das ist das, was sie brauchen. Das kriegen sie meines Erachtens zu wenig in der Familie, in der Schule und auch in der Berufsberatung.

Ein weiteres Thema: Fragen Sie mal einen jungen Menschen, was BAB, BAföG, IHK oder HWK ist! Da staunen Sie! Die kennen nicht den Unterschied zwischen staatlich anerkannten oder Zertifikaten als Ausbildung. Das muss man jungen Leuten beibringen, und das fehlt mir in den Schulen. Deswegen habe ich ein Problem damit, das alles einfach den Unternehmen in die Schuhe zu schieben und zu sagen: Ihr Unternehmen kriegt eine Strafe, wenn ihr keine Azubis nehmt. – Denn viele Unternehmen können die Bewerber, die wenigen, die sie bekommen, nicht einstellen, weil es an so vielen Ecken fehlt: an Pünktlichkeit, an Gewissenhaftigkeit, an ganz banalen Dingen.

Jetzt komme ich zu meinem Punkt, bevor ich hier weiter basche, den Jugendberatungsagenturen. Ich lege immer gern ein bisschen den Finger in die Wunde. Das mögen mir alle verzeihen, aber ich muss es leider tun. Bei den Jugendberatungsagenturen erlebe ich aus unseren Gesprächen, wenn die jungen Leute dann zu uns kommen – sie werden übrigens auch von ihren Coachingträgern regelmäßig zu uns geschickt –, dass sie von Maßnahmenträgern zu uns geschickt werden. Diese kassieren Vermittlungsgutscheine, wir nicht. Die jungen Leute kommen zu uns, und wir sorgen dafür, dass diese jungen Menschen in Ausbildungen kommen. Nur mal so viel dazu!

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Ich hatte vor zwei oder drei Wochen eine junge Frau bei mir in der Beratung, eine Abiturientin mit einem Notendurchschnitt von 1,8, eine Muslima mit Kopftuch. Das hat sie mir alles so erzählt, wir haben geredet. Sie wollte eigentlich Mathematik für das Schulamt studieren. Sie hat keinen Studienplatz gekriegt. Sie geht zur Jugendberatungsagentur, und die Empfehlung dort war: Du kannst Maurerin werden oder Elektronikerin für Gebäude- und Sanitärtechnik. – Sie hat dann gefragt, ob es nichts anderes gibt. – Nö! – Sie war sehr frustriert. Sie hat sich bei uns gemeldet. Zwei weitere junge Frauen, 16 Jahre alt mit Hauptschulabschluss, sollen von Berlin aus nach Brandenburg gehen, als Fachkraft für Schutz

und Sicherheit. Die beiden wussten nicht mal, was das ist. So viel zu der Aufklärung dort. Was ich mir wünschen würde, auch von den Jugendberatungsagenturen, ist: Reden Sie mal mit uns! Wir haben ganz viele Möglichkeiten. Uns gibt es schon viel länger. Ich stelle Ihnen gerne meine Infos zur Verfügung, was vielleicht entschieden oder verbessert werden könnte.

Viele junge Menschen hier in Berlin sitzen in der dritten Bewerbungsmaßnahme. So ein Bewerbungstraining kostet den Steuerzahler 5 000 bis 6 000 Euro. Das heißt, im Schnitt werden 15 000 bis 18 000 Euro für junge Menschen in Bewerbungsmaßnahmen ausgegeben. Der Erfolg ist manchmal da, aber oft auch nicht. Statt junge Menschen in Bewerbungstrainings zu schicken, hat Berlin etwas ganz Tolles – ich weiß gar nicht, ob Sie das wissen –, was kein anderes Bundesland und keine andere Stadt in Deutschland hat. Haben Sie schon mal etwas vom Berliner Modell gehört? – Wahrscheinlich nicht. In Berlin kann ein Hauptschüler, der sich für IT interessiert und 17 Jahre alt ist, der in anderen Bundesländern keine Ausbildung kriegen würde, eine Ausbildung bekommen. Denn wir haben hier zum einen die OSZs, wir haben aber auch private Träger, die eine duale Ausbildung mit IHK-Abschluss anbieten. Der Unterschied ist: Dort gehen die 16-, 17-Jährigen, die oft schlecht in Unternehmen unterkommen, in eine Schule und lernen die Basics. Das heißt, sie lernen 17 Monate lang den Beruf, und danach gehen sie in die Unternehmen. Der Vorteil ist, dass sie am Ende einen richtigen Kammerabschluss machen. In den 18 Monaten Praxis können sie in verschiedene Unternehmen gehen, und der Unternehmer kann etwas mit diesen jungen Leuten anfangen, weil sie mittlerweile schon solche Dinge wie Pünktlichkeit und entsprechende fachliche Dinge können. Das ist ein Superprojekt. Das könnte Berlin weitaus mehr fördern, nämlich in allen Ergänzungs- und Ersatzschulen, die es hier in Berlin gibt. Das wird manchmal – sorry, IHK! – auch von der IHK blockiert. Auch darüber sollte man nachdenken, weil es gerade bei modernen Berufen wie Digitalisierungs- und Projektmanagement sehr wichtig ist, solche Dinge auch in derartigen Formen zu machen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich bitte Sie auch, langsam zum Ende zu kommen.

Jacqueline Lauk (BLINKER FuturePlanner): Ich bin jetzt auch gleich am Ende. – Das sind nur einige Beispiele aus unserer Praxis. Ich kann nur sagen, anstatt Unternehmen doppelt zu bestrafen und ihnen eine Strafe aufzuerlegen, nur weil sie keine Azubis bekommen, wäre meine Empfehlung, mehr Aufklärung in unseren Schulen und eine intensivere Betreuung der jungen Leute zu machen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Rahmig, bitte!

Ronald Rahmig (Berufliche Bildung in Berlin – Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V. – BBB e. V. –; Vorsitzender): Vielen Dank für die Einladung! – Wir haben schon viele interessante Sachen gehört. Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, aber zum Teil anknüpfen, unter anderem an das, was Frau Jasper-Winter anfänglich gesagt hat, und auch an das, was Frau Busse gesagt hat. Ich war eigentlich darauf vorbereitet, etwas zur Jugendberufsagentur speziell zu sagen, glaube aber, dass es Sinn macht, das noch einmal in einen etwas größeren Rahmen zu stellen, weil ich das Gefühl habe, dass der mitunter etwas untergeht. Ich habe mich mal ein bisschen bei unseren Leuten umgehört. Wir arbeiten an den OSZs mit der Ausbildungsvorbereitung in einem ähnlichen Bereich mit einem ähnlichen Ziel wie auch – –

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Entschuldigen Sie bitte! – Frau Lauk, können Sie bitte Ihr Mikro ausmachen? – Entschuldigung, ich wollte Sie nicht unterbrechen!

Ronald Rahmig (BBB e. V.): Gut! – Wir arbeiten also in einem ähnlichen Bereich. Letztendlich geht es darum, Jugendliche nicht nur zu versorgen oder ihnen einen Ausbildungsplatz zu geben, sondern sie auf dem Weg zu begleiten, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Das ist ja ein sehr viel umfangreicheres Ziel. Eine Ausbildung und ein Beruf sind ja nur ein Teil dieser Möglichkeit. Es gibt auch noch andere Wege dazu. Für die meisten ist es aber ein wichtiger Weg, wenn sie denn nicht über das Gymnasium oder ein Studium erst mal anderweitig – in Anführungsstrichen – versorgt sind und dann später auf die Idee kommen, dass irgendwann mal Geld ins Haus kommen muss.

Frau Jasper-Winter, Sie hatten vorhin diesen Bildungsblick genannt. Ich finde, der ist ganz wichtig. Es geht mir hier auch nicht nur darum, welche Bedarfe die Betriebe haben – indirekt klar, irgendeiner muss alles bezahlen, es muss auch funktionieren –, sondern ich würde gerne mal ein bisschen auf die Jugendlichen selber gucken. Was wir feststellen, ist, dass die Orientierung der Jugendlichen im Hinblick auf ihr weiteres Leben in den letzten Jahren deutlich schlechter und geringer geworden ist. Die sind einfach unorientiert. Nicht nur, dass sie nicht wissen, welche Berufe es gibt – das ist das eine –, sondern sie wissen selber gar nicht, wie ihr Leben später aussehen soll, wie sie es gestalten können, welche Möglichkeiten sie haben und welche Möglichkeiten ihnen möglicherweise verschlossen sind oder aber, was sie selber dazu bringen müssen, damit sich ihnen bestimmte Möglichkeiten eröffnen. Ich glaube, darin steckt auch mit das Problem. Nach unserer Erfahrung waren es früher die Familien, in denen das mit geregelt wurde. Wir wissen, dass das nicht mehr so ist. Es gibt sicherlich auch Gründe dafür, warum Eltern ihren Kindern bei der Berufswahl Sicherheit empfehlen; das ist ja auch kein Zufall. Das Ergebnis ist jedenfalls, dass wir an einer sehr späten Stelle des Prozesses anfangen müssen nachzuarbeiten. Das trifft die Jugendberufsagentur genauso wie uns in der Ausbildungsvorbereitung, nämlich an einer Stelle, an der es eigentlich schon viel zu spät ist, weil bestimmte Defizite, die aufgelaufen sind, kaum noch aufgeholt werden können.

Sie haben eben gesagt, was die Betriebe sich wünschen würden, wie die Jugendlichen sein sollten. Auch ich habe bestimmte Vorstellungen davon, wie meine Schüler sein sollten. Aber das nützt alles nichts, sondern sie sind, wie sie sind. Wir tun uns sehr schwer daran, damit umzugehen. Das ist aber letztendlich so, wie es ist. Es ist ja hier kein „Wünsch dir was!“. Ich denke, dass sich – ohne jetzt weiter darin einsteigen zu wollen – auch die Betriebe ein bisschen auf das einstellen müssen, was da ist, und nicht auf das, was sie glauben, dass es früher mal da gewesen hätte sein können oder irgendwie.

Zur Jugendberufsagentur: Wir haben ab und zu mit der Jugendberufsagentur zu tun, mit unseren Beraterinnen und Beratern. Ich will jetzt nicht über das Jahr 2020 lamentieren. Der Bericht bezieht sich auf das Jahr 2021. Ich stimme dem Bericht insofern zu, oder es deckt sich mit unseren Erfahrungen, dass es besser geworden ist; man kann auch sagen, dass es weniger schlecht geworden ist. In diesem Jahr ist es auch noch mal besser geworden. Ich möchte dazu anmerken, dass uns schon klar ist, dass die Rahmenbedingungen für Vermittlung, Beratung und Betreuung insgesamt sehr schlecht waren. Was uns dazu einfällt, ist, dass natürlich die Jugendberufsagentur eigentlich erst relativ spät im Entwicklungsprozess einsteigt – die, mit denen wir zu tun haben –, nämlich, wenn nach dem Abschluss der 10. Klasse eine Entscheidung eigentlich hätte gefallen sein sollen, die nicht gefallen ist, wenn sie im EALS nicht auf-

tauchen, wenn sie als unversorgt gelten. Dann wird noch mal nachgearbeitet, und das ist schon ganz schwierig. Was wir feststellen, ist, dass der Erfolg der Arbeit und das Engagement offensichtlich sehr stark von den Personen abhängen. Wir kennen Beraterinnen und Berater, die hochengagiert arbeiten – und auch andere.

Eine der Herausforderungen, die wir sehen, ist dieses EALS, das ich grundsätzlich für eine gute Möglichkeit und ein gutes Instrument halte, weil es überhaupt erst mal die Möglichkeit gibt, die Quantitäten und die Jugendlichen zu erfassen. Wir haben leider kein Instrument, um die Abgängerinnen und Abgänger aus Klasse 10 mal flächendeckend zu betrachten und weiter zu verfolgen. Deshalb ist das EALS schon mal ein ganz gutes Instrument, für uns als OSZ jedenfalls. Wir müssen aber feststellen, dass die abgebenden Schulen es leider nicht immer so richtig nutzen. Das macht es ein bisschen schwer.

Zum Stichpunkt „Arbeit und Ziele der Beratung der Jugendlichen“: Hier komme ich darauf zurück, was ich am Anfang gesagt habe. Wir haben festgestellt, dass es ganz wichtig ist, mit den Jugendlichen tatsächlich in den Prozess relativ weit vorne einzusteigen, auch mit denen, die einen Ausbildungsplatz haben. Im OSZ Kraftfahrzeugtechnik haben wir immerhin jedes Jahr fast 400 neue Auszubildende. Selbst die, die einen Ausbildungsplatz haben, sind oft nicht orientiert und wissen nicht, was sie da überhaupt haben. Da sind wir wieder bei der Auflösungsquote und ähnlichen Fragen und beim Ende der Ausbildung, wo dann nicht weitergemacht wird. Da ist ein unglaublicher Orientierungsbedarf, und der kann meiner Ansicht nach, wenn überhaupt in einer gesellschaftlichen Organisation, nur noch in den ISSen und Gymnasien geleistet werden. Ich wüsste keinen anderen Ort, wo man tatsächlich einen flächendeckenden Zugriff auf die Entwicklung der Jugendlichen hat. Nach unserer Erfahrung findet das flächendeckend nicht statt.

Es geht mir jetzt nicht darum, auf die ISS einzudreschen – die haben auch ihre Sorgen und Herausforderungen –, aber ich glaube, dass in der Konstruktion der Schule, so, wie sie im Augenblick ist, diese Frage, wie dir die Schule dabei hilft, später dein Leben so zu gestalten, wie du es möchtest und es als erfolgreich zu empfinden, in der Sekundarstufe I praktisch keine Rolle spielt, sondern es geht um andere Kriterien. Dazu kann ich auf Nachfrage gerne noch etwas sagen. Frau Busse hatte die Frage der gymnasialen Oberstufen, der ISS und anderes angedeutet und die Kriterien, nach denen die gefüllt werden müssen. Diese Grundfrage wird aber viel zu selten thematisiert. Da hilft es auch nicht, wenn ab und zu mal externe Berater reinschneien, seien sie aus den beruflichen Schulen, aus den BSO-Teams, aus irgendwelchen Agenturen oder so. Sondern das Einzige, was unserer Wahrnehmung nach hilft, ist, sich tatsächlich intensiv mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen. Das können im Wesentlichen eigentlich nur die Lehrkräfte, die sie unterrichten, wenn es die Eltern nicht tun. Ob da jetzt ein oder zwei Beratungsgespräche von irgendwelchen externen Menschen überhaupt wirksam sein können – wir haben festgestellt, dass sie es nicht sind oder nur sehr selten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Auch Sie muss ich bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Ronald Rahmig (BBB e. V.): Ja, danke! – Einmal noch: Offensichtlich spielen das Matching und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage eine große Rolle. Bei Jugendlichen ist es auch die Attraktivität. Es gibt verschiedene Kriterien für die Attraktivität. Es reicht eben nicht, wenn man sagt: Wir haben 20 000 Ausbildungsplätze und 20 000 Jugendliche, das muss passen. –, sondern da müssen ganz deutlich andere Verhältnisse her. Die Struktur der

Berufs- und der Ausbildungsfindung muss sich grundsätzlich ändern, und zwar in Bereichen, die sehr viel früher anfangen. Dann könnte es tatsächlich so sein – mit Verlaub –, dass die Jugendberufsagentur vielleicht irgendwann einmal überflüssig ist, weil es auch so funktioniert.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Gut. Vielen herzlichen Dank! – Dann kommen wir zu Frau Trommsdorf, bitte!

Sandra Trommsdorf (IHK Berlin, Bereichsleiterin Wirtschaft und Politik): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Herzlichen Dank auch von mir für die Einladung! Es ist ein tolles Zeichen, dass wir hier im Bildungsausschuss mal über die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sprechen und nicht nur im Ausschuss Integration und Arbeitsmarkt, weil es zeigt, dass wir über die orientierende Seite sprechen und nicht über die Reparaturseite.

Auch ich möchte noch mal kurz etwas zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt aus der Sicht der IHK Berlin sagen. Ich fange mit der guten Nachricht an: Die Coronatatsache bei den Ausbildungsverträgen ist durchschritten; auch das wurde hier schon häufiger genannt. Unser Eindruck ist, dass sich in vielen Berufen seit dem Sommer der Bedarf aufseiten der Auszubildenden, aber auch die Angebotsseite noch mal deutlich erhöht hat. Viele Unternehmen haben sich insbesondere im August und September noch mal bei uns gemeldet, um neu auszubilden. Insbesondere die durch Corona stark beeinträchtigten Branchen – ich nenne Gastronomie und Beherbergung – haben ein deutliches Wachstum, gerade in diesem Endspurt in Richtung neues Ausbildungsjahr, verzeichnet. Unsere Sicht auf das Jahresende ist, dass wir im Bereich der IHK-Ausbildungsverträge voraussichtlich ein deutliches Plus erreichen werden.

Jetzt kommt die schlechte Nachricht danach: Wir haben gestern mit der Handwerkskammer zusammen den Konjunkturklimaindex, die Konjunkturumfrage veröffentlicht. Die zeigt sehr deutlich, dass der Konjunkturklimaindex hier in Berlin deutlich, unter 100, gesunken ist und dass alle Branchen derzeit schlechte Geschäftserwartungen haben. Das heißt, die aktuelle Krise, die wir haben, übertrifft die Coronajahre deutlich und hat vermutlich dann auch Auswirkungen auf die duale Ausbildung. Das sollten wir an der Stelle nicht vernachlässigen.

Wir haben in der IHK Berlin in den letzten Wochen über 500 Betriebe angerufen, die Ausbildungsbetriebe sind, aber aktuell keine Auszubildenden haben. Ich will kurz teilen, welches Feedback wir erhalten haben, und beschränke mich dabei auf die zwei häufigsten Rückmeldungen. Der häufigste Grund, warum diese Betriebe, die schon ausgebildet haben, derzeit nicht ausbilden, ist, dass sie wiederholte Besetzungsprobleme haben. Der zweithäufigste Grund ist, dass sie gesagt haben, sie sehen unsichere und schwierige wirtschaftliche Geschäftsentwicklungen und haben unsichere Erwartungen, und das könnte mit der Ausbildung schwierig werden. Das sind die Topgründe, warum auch ausbildungserfahrene Unternehmen derzeit nicht den Weg in die Ausbildung gehen.

Wir haben es vorhin gehört: Es sind derzeit 3 100 Bewerber laut BA-Statistik noch unversorgt. Mein Wunsch an dieser Stelle wäre, dass wir konzertiert als Jugendberufsagentur gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaft, aber auch allen hier im Raum, diese Unversorgten auf die genannten 12 000 freien Ausbildungsplätze unter ausbildung.berlin vermitteln, aber uns auch mal diese Größe gemeinsam näher angucken und schauen, wer diese Jugendlichen

namentlich sind und welche Unterstützung sie brauchen, um diesen Weg zu finden. Ich glaube, wir würden an dieser Stelle sehr viel lernen.

Kurzes Fazit zur Lage: Lassen Sie uns gemeinsam auf die wirklichen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt schauen und diese anpacken, statt über eine Ausbildungumlage zu debattieren, die nicht einen Jugendlichen zusätzlich in Ausbildung bringen wird und die auch nicht einen weiteren neuen Ausbildungsplatz schaffen wird! Lassen Sie uns also gemeinsam daran arbeiten – das Stichwort fiel –, die Kompetenzen in Deutsch und Mathematik in der Schulzeit zu verbessern, die Berufsorientierung auszubauen, sie zu evaluieren, die Programme zu überprüfen, die Berufswahlkompetenz der Jugendlichen am Ende der Schulzeit zu verbessern, das Matching zu verbessern, das Image der dualen Ausbildung zu verbessern! Mein Angebot an dieser Stelle ist schlicht und ergreifend, dass wir als IHK Berlin in all diesen Feldern gerne mitarbeiten und mitwirken, sei es personell, finanziell etc.

Zum Thema Berufsorientierung: Wir sind der Meinung, dass eine Evaluation der einzelnen Berufsorientierungsprogramme notwendig ist. Hier stimmt es mich sehr positiv, dass wir – es wurde angesprochen – im Zuge der Überarbeitung des Landeskonzepthes Berufliche Orientierung in einem guten Dialog sind und über diese Themen diskutieren. Dazu gehört, dass wir den Erfolg der Bemühungen an konkreten Ergebnissen messen sollten, zum Beispiel an den dokumentierten Übergängen nach der Schule oder aber auch an verbindlichen Kooperationen zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben. Wir sollten die Maßnahmen und auch die Zielerreichung evaluieren, aber zum Beispiel auch Schülerinnen und Schüler, also die Zielgruppe, über die wir sprechen, in den Abschlussjahrgängen in Form von Umfragen, Interviews in diesen Prozess miteinbinden.

Wir brauchen aus unserer Sicht politisch eine klare Aussage, welches Umsetzungsziel wir bei der Verbesserung der Berufsorientierung gemeinsam anstreben, und hier auch Standards, die dann in der Umsetzung in den Schulen wirklich die Realität der Jugendlichen abbilden. Natürlich gibt es eigenständige Schulen im Land Berlin. Das heißt, über das Wie und darüber, wie die einzelne Schule dies erreicht, entscheidet natürlich die einzelne Schule. Aber wenn es keine Ziele und keine Messgrößen gibt, werden wir auch keine Verbesserungen in diesem Bereich erreichen. Das Fach Wirtschaft, Arbeit und Technik als – ich nenne es mal so – Leitfach für die Berufsorientierung in den Schulen sollte gestärkt werden. Der Unterricht muss in jedem Fall verbindlich auch in den Klassen 9 und 10 erfolgen.

Zum Thema Schülerpraktikum: Es ist ein wertvolles Instrument, haben wir gehört. Jeder Schüler sollte aus unserer Sicht ein verifiziertes Kompetenzfeststellungsverfahren vor dem ersten Schülerpraktikum absolvieren, zum Beispiel den Berufswahltest der Bundesagentur für Arbeit im genannten Talente-Check.

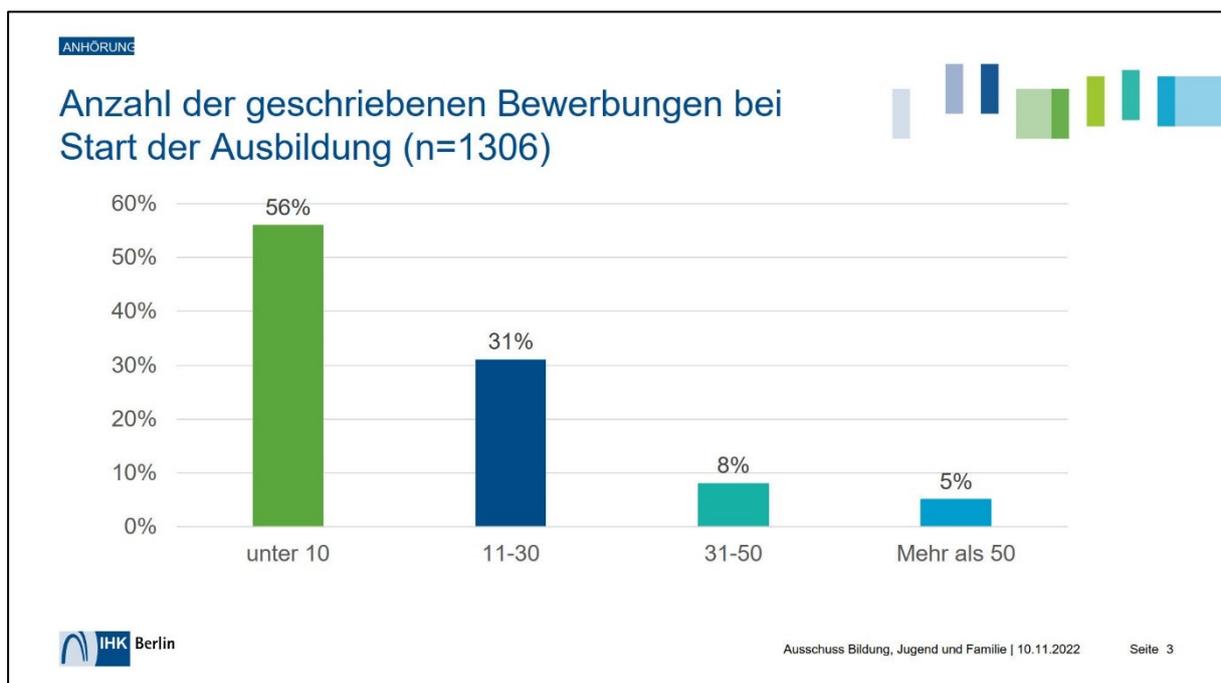
Letzter Punkt hierzu: Die Initiative „Partner Schule Wirtschaft“ sollte aus unserer Sicht langfristig im Haushalt gesichert werden. Auch die Einbindung von PSW im eingangs genannten neuen Institut zur Aus-, Fort- und Weiterbildung wäre aus unserer Sicht sinnvoll.

Zur Jugendberufsagentur: Wir haben seitens der Wirtschaft die Gründung damals sehr begrüßt und unterstützt. Politisch ist die Gründung der Jugendberufsagentur damit angetreten, keinen Jugendlichen mehr am Übergang von der Schule zur Ausbildung oder zum Studium zu verlieren. Dieses Ziel ist, glaube ich, noch nicht erreicht worden. Aber viel entscheidender –

worauf ich hinaus will – ist, dass wir diese Verbleibstatistiken bräuchten, um gute Evaluationen und Übergangsverfolgungen durchführen zu können. Das heißt, eine regelmäßige Verbleibstatistik durch die Jugendberufsagentur wäre sicherlich hilfreich. Es wäre auch hilfreich, die Jugendlichen in Gruppen zu clustern, sodass man entsprechend der Bedarfe dann passgenaue Maßnahmen für die Unterstützung und Vermittlung in eine Ausbildung beispielsweise entwickeln kann.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Auch Sie muss ich bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Sandra Trommsdorf (IHK Berlin): Sehr gerne! – Zur Schulqualität wurde sehr viel gesagt. Die Zahlen haben es gezeigt: Hier müssen wir eine deutliche Verbesserung bekommen. Nur ein Impuls an der Stelle – das ist auch das, was Sie gleich noch mal auf der Folie sehen –: Die Unternehmen würden sofort mehr ausbilden, wenn die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Mathematik und Deutsch besser wären. Das wurde gesagt. Solange die Vergleichsarbeiten in der 8. Klasse hier aber ein anderes Bild zeigen, sollten wir wirklich konzertiert und gemeinsam daran arbeiten. Nach der Schule muss es aus unserer Sicht noch eine stärkere Bindung der Schulabgänger an die Jugendberufsagentur geben. Auch das Thema Coaching sollte aus unserer Sicht ausgebaut werden und ein fester Bestandteil der Berufsorientierung sein. Die JBA sollte die Jugendlichen bis zur Vertragsunterschrift begleiten.



Letzter Punkt – das ist die Folie –: Hier sehen Sie, wie viele Bewerbungen die Auszubildenden, die bei uns einen Vertrag unterschrieben haben, auf dem Weg zu ihrem Ausbildungsplatz geschrieben haben. Diese Grafik zeigt uns, dass wir sehr viele Jugendliche haben, die keine Unterstützung brauchen, wiederum andere, die sehr viel Unterstützung brauchen, die wahrscheinlich nicht in einem Vertrag bei uns landen. Es wäre das Plädoyer, nicht allen das gleiche Serviceangebot zu unterbreiten, sondern es sehr stark auf die Jugendlichen, die wirklich eine Unterstützung brauchen, zu fokussieren. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen Dank! – Ich würde Herrn Glawe und Sie bitten, dem Ausschussbüro die Präsentation zukommen zu lassen. Die würden wir der Vollständigkeit halber dem Wortprotokoll beziehungsweise dem Ausschussprotokoll gerne beifügen.

Wir kommen nun zur Beratung. Ich lese die Reihenfolge vor, und dann nehmen wir weitere Wortmeldungen entgegen: Frau Schedlich, Frau Brychcy, Frau Dr. Jasper-Winter, Frau Suka, Frau Günther-Wünsch, Frau Aydin, Herr Meyer, Frau Burkert-Eulitz. – Dann fangen wir an mit Frau Schedlich, bitte!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für ihre Ausführungen! Erst mal habe ich zum Thema Orientierung ein paar Nachfragen. Danke auch an den Senat für die kurze Vorstellung und die Erwähnung des neuen Konzepts! Weil wir auch die Jugendberufsagentur hier haben, frage ich Sie, wie die Verzahnung der Jugendberufsagenturen und anderer außerschulischer Angebote, die – ich nenne es mal – wie ein Puzzle in Berlin sind – es gibt ganz viele unterschiedliche Maßnahmen –, geschehen soll. Es gibt eine Willensbekundung in dem neuen Konzept. Was sind die Pläne zu der Evaluation dieser vielfältigen Maßnahmen, die wir haben? Wie soll es dabei weitergehen?

Frau Fechner-Barrère, können Sie etwas zur Personalausstattung in den Jugendberufsagenturen aus Ihrer Sicht sagen, wie Sie aufgestellt sind und wie Sie Ihre Aufgaben bewältigen können? Können Sie ausführen, wie der Stand beim Thema Inklusion, also Barrierefreiheit, aber auch Mehrsprachigkeit, bei mehrsprachigen Angeboten ist?

Einige Fragen noch in die Runde an alle, die sich jeweils berufen fühlen. Es mussten ja sehr viele Praktika wegen Corona ausfallen; das kam schon zur Sprache. Wie läuft es aus Ihrer Sicht mit dem Nachholen dieser Praktika? Spüren Sie die Auswirkungen dessen, dass diese Berufsorientierungsmaßnahme so vielfältig weggefallen ist? Wäre es aus Ihrer Sicht hilfreich, wenn nicht alle Praktikumszeiträume in den Schulen häufig zur gleichen Zeit wären, damit Betriebe möglicherweise die Möglichkeit hätten, noch mehr Praktikantinnen und Praktikanten anzunehmen, wenn das gut läuft?

Eine These: Ich würde sagen, mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Auszubildenden würde zwangsläufig zu einer besseren und zielgruppengerechteren Berufsorientierung führen. Inwiefern beziehen Sie selbst die Jugendlichen bei der Entwicklung und Evaluation von Angeboten mit ein?

Insgesamt ist die Berufsorientierung natürlich eine Querschnittsaufgabe aller Schulen und Schulformen. Um Berufsorientierung geht es heute vielleicht sekundär, aber es handelt sich ja auch um Berufe, für die man studieren muss. Deswegen ist es wichtig, in allen Schulformen eine gute Berufsorientierung zu haben, natürlich auch danach. Denn heutzutage bleibt fast niemand mehr in dem Beruf, den er oder sie angefangen hat. Das heißt, Berufsorientierung ist auch ein Thema für ältere Gruppen. Das muss insgesamt einen höheren Stellenwert in der Allgemeinbildung bekommen, damit – das ist auch schon angeklungen – in der Schule nicht nur auf die nächste Prüfung, sondern auch auf das Leben vorbereitet wird und wir das von unseren Schulen behaupten können.

Dabei ist es natürlich auch wichtig, die Eltern oder Vormünder mit einzubeziehen. Vielleicht wollen Sie auch dazu ein, zwei Sätze sagen, inwiefern das passiert oder passieren sollte, denn

die Eltern haben ja einen großen Einfluss. – Gibt es bei Ihnen Angebote, bei denen die Schülerinnen und Schüler von allgemeinbildenden Schulen oder Oberstufenzentren beispielsweise vorbeikommen und sich das mal anschauen können? Denn es ist ja immer wichtig, zu Orten und Personen eine Form von Bindung und Kontakt aufzubauen. Wenn nicht: Würden Sie ein solches Angebot begrüßen?

Ich bin gleich am Ende. Noch eine Frage: Es wurde die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung erstaunlich wenig erwähnt. Vielleicht können Sie dazu noch ein paar evaluierende Worte aus Ihrer jeweiligen Sicht sagen. – Wenn die Ausbildungsplatzumlage nach der Meinung von einigen von Ihnen nicht die Lösung ist, um Ausbildungen attraktiver zu machen, was wäre denn dann die Lösung? Beispielsweise mehr Teilzeitausbildungen, 4-Stunden-Wochen in den Betrieben, oder gibt es noch dazu noch andere Ideen? – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Brychcy, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich wollte zuerst den Senat fragen: Es gibt das neue Berufsorientierungskonzept, und dabei geht es uns vor allen Dingen darum, dass das flächendeckend in allen Schulen umgesetzt wird. Wir haben auf der anderen Seite das Indikatorenmodell, wo gewisse Kriterien an jeder Schule immer wieder überprüft werden sollen. Da möchte ich jetzt konkret fragen: Die Übergänge sollen immer erfasst werden. Jede Schule soll erfassen, wo junge Menschen hingehen, ob sie in die Oberstufe gehen, ob sie an das OSZ gehen, ob sie in die duale oder schulische Ausbildung gehen. Könnte man das Indikatorenmodell erweitern, sodass der Übergang wirklich flächendeckend erfasst und auch in das EALS eingetragen wird, damit das OSZ darauf reagieren kann, als Qualitätskriterium von jeder Schule: Wie gut schaffen wir es, jungen Menschen nach der 9., 10. oder 13. Klasse ein Anschlussangebot zu machen? – Das wäre meine Frage.

Das BO-Konzept wird jährlich auf Wirksamkeit überprüft. Ich wollte nachfragen, wie wirksam das BO- oder BSO-Konzept bisher ist. Welche Erkenntnisse gibt es dazu? – Die Erweiterung dieses geplanten BO-Konzeptes um Gymnasien und Grundschulen ist auf jeden Fall zu begrüßen. Wie soll das geschehen? Welche Maßnahmen gibt es, schon in der Grundschule damit zu beginnen und auch am Gymnasium? Es ist wichtig, dass wir auch die Oberstufen angucken. Da möchte ich konkret nachfragen: Gibt es Berufsorientierung auch in den Klassen 11 bis 13 an den ISSen, an den Gymnasien, sodass, wenn klar ist, dass möglicherweise das Abitur nicht erreicht wird, immer noch Berufsorientierung stattfinden kann?

Ich wollte nach den BSO- oder jetzt BO-Teams fragen: Wie ist die Personalausstattung, insbesondere bei den Beraterinnen für berufliche Schulen? –, weil uns das sehr interessiert. Welche Angebote sollen jetzt flächendeckend vorgehalten werden? Sie haben den Talente-Check schon erwähnt. Was ist neu im Konzept? Was soll flächendeckend auf alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet werden?

Dann haben wir die Situation, dass wir beim WAT-Unterricht eine extreme Personalnot haben. Die aktuellen Zahlen bei der Lehrkräftebildung zeigen, dass wir einen weiteren Einbruch im WAT-Bereich, im OSZ-Bereich haben. Die Zahlen der Studienanfängerinnen und -anfänger haben sich im letzten Halbjahr halbiert. Wie gehen wir damit beim Thema Fortbildung um, dass die Lehrkräfte auch für den WAT-Bereich fortgebildet werden, die OSZs mitgedacht?

Frau Fechner-Barrère! Zur JBA: Da wollte ich nach der Elternarbeit und der flächendeckenden Beratung fragen. Ist das die Zukunft, dass wir absichern können, dass jeder junge Mensch im Land Berlin in der allgemeinbildenden Schule einmal in der JBA war? Wie ist der aktuelle Stand bei der aufsuchenden Beratung? Wird das gut umgesetzt? Haben wir genug Ressourcen, um diese aufsuchende Beratung zu leisten?

Herr Glawe! Sie haben darauf aufmerksam gemacht: Wir müssen uns die Ausbildungsverträge angucken. Kommen die jungen Menschen am Ende zusammen, auf der einen Seite die Bewerberinnen und Bewerber, auf der anderen Seite die Stellen? Wie ist der aktuelle Stand nach der Pandemie? Können wir davon ausgehen, dass wir hier wieder auf dem Stand von vor der Pandemie sind? Zu den Ausbildungsbedingungen haben Sie gesagt, das ist ganz schwierig. Gibt es denn an mancher Stelle auch positive Tendenzen, dass man merkt, dass auch mal eine positive Rückmeldung kommt, wenn Ausbildungsbedingungen sich verbessern, Betriebe sich bemühen?

Sie haben das Problem der jungen Frauen angesprochen, dass ganz viele in der Pandemie verloren gegangen sind, nicht in die duale Ausbildung gehen. Was schlägt der DGB hier vor, Stichwort Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Sie wissen, die Ausbildungsumlage ist uns als ein Baustein, ein Instrument gegen den Fachkräftemangel wichtig, denn durch die solidarische Finanzierung wollen wir die Ausbildung finanzieren. Alle Betriebe sollen einzahlen und gemeinsam einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass mehr Ausbildungsplätze entstehen und die Ausbildungsqualität verbessert werden kann.

Frau Lauk! Sie haben sehr auf die jungen Menschen abgestellt, von denen Ihrer Meinung nach manche nicht lesen und schreiben können und hohe Fehlstundenzahlen haben. Den öffentlichen Dienst hatten Sie so negativ erwähnt. Wir haben aktuell einen wahnsinnigen Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst und schaffen es nicht, unsere Bezirksamter – – Wir haben einfach zu wenig Nachwuchs. Da wollte ich fragen, wie Ihre Sicht auf die Verwaltung und den öffentlichen Dienst ist, denn wir suchen händeringend junge Menschen, die bereit sind, in den öffentlichen Dienst zu gehen.

Dann wollte ich noch fragen, weil Sie auch mit den Betrieben so viel Kontakt haben, was Betriebe tun können, um junge Menschen zu gewinnen und für die Ausbildung zu begeistern, damit sie bereit sind, auch unter manchmal schwierigen Bedingungen in die Ausbildung zu gehen. Wie bekommen wir dieses Matching, von dem Sie sprachen, besser zusammen?

Herr Rahmig! Drei Fragen: Wie gehen die OSZs damit um, wenn die Berufsorientierung vorher nicht stattgefunden hat? – 2019 haben wir „40 Jahre Oberstufenzentren“ gefeiert, weil die OSZs etwas ganz Besonderes sind, so viele Bildungsgänge anbieten. Was können wir tun, um die OSZs weiter zu stärken? – Die dritte Frage, Sie sprachen es an: ISSen und Gymnasien – die Berufsorientierung ist der Schlüssel. Wenn wir das nicht hinbekommen, können wir eigentlich einpacken. Was muss konkret verbessert werden?

Frau Trommsdorf! Sie haben angesprochen, dass es eine große Unsicherheit gibt in Bezug auf die Rezession, die uns bevorsteht. Wir haben in der Coronapandemie auf Bundes- und Landesebene Maßnahmen ergriffen, um duale Ausbildungsplätze zu erhalten, Stichwort Ausbildungsprämie. Ist so etwas schon in der Diskussion? Welche Bedarfe haben die Betriebe an der Stelle?

In Berlin bilden laut Betriebspanel 17 Prozent und bundesweit 28 Prozent der Betriebe aus. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir etwas machen müssen, um mehr Ausbildungsbetriebe zu gewinnen. Was können wir tun, um mehr Betriebe für die Ausbildung zu begeistern, um diese Sicherheit zu schaffen?

Bei der Ausbildungsplatzumlage haben wir wirklich einen Dissens, weil im Baubereich, wo wir den Lehrbauhof haben, wo jedes Jahr dieses schöne Fest stattfindet, diese Bierfete, und alle eingeladen sind – – Es kommt mir nicht so vor, als ob es eine Strafmaßnahme ist, dass dieser Lehrbauhof – – Das ist tariflich geregelt, ich weiß, und nicht gesetzlich, aber warum können wir es nicht unideologisch diskutieren, weitere Maßnahmen zu finden, um gemeinsam eine Qualitätsverbesserung und zusätzliche Plätze zu schaffen, dass man das ein bisschen runterbricht und sagt, das ist eine gemeinsame Anstrengung an der Stelle, und eine Umlage als Chance zu sehen? Da wollte ich noch mal nachfragen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Brychey! Ich möchte Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Franziska Brychey (LINKE): Einen Satz sage ich noch, und dann ist die nächste Person dran. – Zum Thema Lösungsquote: Neben dem Mentoringprogramm sollte von SenIAS ein neues Programm zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen aufgelegt werden. Beteiligt sich die Wirtschaft daran, um Ausbildungsabbrüche schon in der Ausbildung zu verhindern?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Angesichts der Zeit möchte ich daran erinnern, dass wir keine zweite Fragerunde haben werden, sondern eine. Diejenigen, die sich noch nicht gemeldet haben, mögen sich bitte gegebenenfalls melden. Es hilft offensichtlich nicht, wenn wir uns selbst eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten geben und dann fünf, sechs, sieben Minuten geredet wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir keine zweite Rederunde machen. Deshalb bitte ich diejenigen, die noch zusätzlich Fragen stellen wollen, zu denen, die geäußert werden, sich jetzt zu melden, denn dann haben wir eine abschließende Beantwortungsrunde. – Frau Dr. Jasper-Winter, bitte!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erster Fragenkomplex an den Senat: Talente-Check; ich habe es mir letzstens selbst angeschaut. Es ist wirklich gut und spricht genau das an, was Frau Lauk sagte, selbst die eigenen Talente herauszufinden. Was muss noch getan werden, damit mehr Schulen dieses gute Angebot in Anspruch nehmen? Ich habe mitbekommen, dass es einige engagierte Schulen gibt, die sich sofort beworben haben, sich registriert haben, aber wir wollen alle Schulen damit erreichen. Was macht der Senat, um die Schulen da zu unterstützen?

Die zweite Frage ist: Wenn wir über Berufsorientierung sprechen, dann ist es, wenn man etwas ändern will, auch Organisationsaufwand für Schulen. Sie, Frau Senatorin, kommen aus der Praxis. Es ist im Schulalltag wahrscheinlich nicht so einfach, noch weiter Berufsorientierung stattfinden zu lassen, auch mal Vorbilder in die Schulen zu holen. Das ist Organisations- und Arbeitsaufwand. Was kann getan werden, um die Schulen dabei zu unterstützen? Haben Sie sich Gedanken gemacht? Es gibt viele Start-ups, auch digitale Lösungen, wo Berufsorientierung digital an Schulen gebracht werden kann, auch als Organisationserleichterung. Hat sich der Senat darüber schon mal Gedanken gemacht und informiert, wie wir die Schulen bei dieser wichtige Aufgabe praktisch unterstützen können?

Jetzt meine kurzen Fragen an die Anzuhörenden: Frau Fechner-Barrère! Zur aufsuchenden Arbeit: Was bräuchten Sie, um nach dem Motto „Keine oder keiner soll verloren gehen!“ auf Schulabgänger mit oder ohne Abschluss, die irgendwo im Nirgendwo verbleiben, besser zugehen zu können? Sie haben gesagt, Sie gehen in Freizeiteinrichtungen und Jugendtreffpunkte, aber eigentlich sollte das Schulgesetz Ihnen über die Schulen die Daten geben können, wer die Abgänger sind, damit Sie aufsuchend auf die jungen Leute zugehen können. Passiert das, oder brauchen Sie noch Unterstützung? Ich kann mich an diese Änderung im Schulgesetz noch gut erinnern, die Ihnen genau das ermöglichen sollte. Wenn ja, wie kann das noch gestärkt werden? Das scheint auch ein Punkt zu sein, auf diese spezielle Gruppe besser zuzugehen.

Herr Glawe! Bei der Ausbildungsplatzumlage haben wir unterschiedliche Ansichten. Das ist, glaube ich, kein konstruktiver Ansatz für diese Runde hier. Insofern ist meine Bitte an Sie,

wieder in den konstruktiven gemeinsamen Motivationsmodus zu wechseln. Meine Frage an Sie – Sie haben das Thema Frauen angesprochen –: Was empfehlen Sie denn, damit sich überhaupt mehr junge Frauen – Beispiel war Frauen im Handwerk; wenn da mehr Frauen wären, dann wäre vielleicht das Me-too-Problem nicht ganz so groß – und Mädchen überhaupt für die Ausbildung in diesen Bereichen interessieren? Was können Sie uns als Bildungspolitiker mitgeben?

Frau Lauk! Ich habe es so verstanden: Sie empfehlen, das Berliner Ausbildungsmodell, das vielen von uns hier etwas sagt, auszuweiten. Habe ich das richtig verstanden; wenn ja, wie? Wie bekommen wir Ihrer Meinung nach diese vielen praktischen Informationen, dass Fehlzeiten eine Rolle spielen, wie ich eine Bewerbung mache und so weiter, noch besser in den Unterricht in den Schulen integriert?

Das knüpft an Herrn Rahmig an. Sie sagen, die Lehrkräfte müssten sich intensiv mit den einzelnen Schülerinnen und Schülern befassen und Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen besser vornehmen. Wie lösen wir es auf, dass die meisten Lehrkräfte selbst überhaupt gar keine berufliche oder duale Ausbildung gemacht haben und damit aus ihrer eigenen Lebenswirklichkeit und ihrem sozialen Umfeld so gar nichts damit anfangen können? Wie lösen wir diesen Konflikt auf? Können wir mit Vorbildern arbeiten, die an die Schulen geholt werden? Ist das praktisch, oder was würden Sie uns da empfehlen?

Frau Trommsdorf! Zum einen eine Frage nach dem WAT-Unterricht: Sie sagten, der müsste ausgeweitet werden. Sind die Inhalte Ihrer Ansicht nach noch zeitgemäß, oder müssten die geändert werden? Sie sagten, wir brauchen eigentlich mehr Erkenntnisse. Ich glaube, das zieht sich durch alles, was gesagt wurde. Sie sagten, was ich spannend finde, wir müssten eigentlich mal ganz genau die 3 100 unversorgten Bewerberinnen und Bewerber anschauen. Was würden Sie empfehlen, um das strukturiert anzugehen – das ist das Erkenntnisthema, das uns alle beschäftigt – und auch die Übergangsgrößen besser zu erfassen?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Suka, bitte!

Aferdita Suka (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich will mit einem Aspekt beginnen, der hier noch gar nicht aufgefallen ist, nämlich mit dem Thema Netzwerke und Kontakte. Das ist der Schlüssel zur Arbeitswelt nach der Ausbildung und auch nach der Schule. Aus der Netzwerkforschung weiß man, dass circa 70 Prozent der Arbeitsplätze so gewonnen werden. Wir wissen, dass bestimmte Zielgruppen nicht so gut mit erfolgsversprechenden Netzwerken, Kontakten – im Volksmund „Vitamin B“ genannt – ausgestattet sind. Das muss man einmal gesagt haben, um mitzubekommen, dass die Gruppe, die zum Beispiel zu Ihnen, Frau Lauk, kommt, möglicherweise selektiv ist, weil sie hilfeschend ist und es nicht geschafft hat, sich selbst zu helfen, zum Beispiel über Kontakte von einer offenen Stelle, einem guten Arbeits- oder Ausbildungsplatz, zu erfahren. Insofern ist das durchaus eine selektive Gruppe, die erst mal Hilfe sucht, und so muss man auf diese Zielgruppe schauen. Ihre Ausführungen, Frau Lauk, fand ich teilweise schon – Ich habe auch mal schon mit privaten Vermittlern gearbeitet, die tatsächlich erfolgreicher als die Arbeitsagentur waren, aber der Grund war, dass diese privaten Vermittler tatsächlich die besten Kontakte zu den Arbeitgeberinnen mit den attraktivsten Ausbildungsplätzen hatten. Das war der Hintergrund. Die Ausbildungssuchenden haben sich darum gerissen, mit diesen Arbeitgebern oder privaten Vermittlern zusammenzuar-

beiten. Das ist der eigentliche Zusammenhang und nicht der, den Sie teilweise dargestellt haben. – Das vielleicht vorneweg. Das gehört aus meiner Sicht gesagt.

Ich fand die Analyse von Herrn Glawe zu dieser geschlechtsspezifischen Entwicklung sehr interessant. Die Schlussfolgerung, die Sie gezogen haben, Herr Glawe, weil Sie gesagt haben, wir müssen über bessere Arbeitsbedingungen nachdenken, denn die Frauen scheinen inzwischen selbstbewusster zu sein und es nicht hinzunehmen, dass zum Beispiel in den frauentypischen Berufen, Gesundheit und Pflege, die Arbeitsbedingungen nicht mehr gut sind und sie entweder sagen: Machen wir mit! – oder: Ich melde mich vielleicht; ich gucke weiter! –, oder sie sagen: Ich bilde mich weiter, weil das vielversprechender ist, um später mehr Geld zu verdienen! – – Das sind alles supernachvollziehbare Gründe, und das gehört zu den neuen Realitäten. Da ist meine Frage: Inwiefern sind arbeitgeberseitig die Menschen bereit, diese neuen Realitäten, demografischer Wandel, wir haben weniger Arbeitskräfte – – Das müssen wir akzeptieren. Deshalb müssen wir mit dem umgehen, was da ist. Zur neuen Realität gehört auch, dass die Menschen sich weiterentwickeln wollen, dass die Menschen neue Arbeitsplatzmodelle wollen, Stichwort Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stichwort Generation XY, die wir auch mal so nehmen, wie sie sind, und diese Realitäten zu akzeptieren haben. Wir können sie auch nicht akzeptieren, aber dann verlieren wir diese Fachkräfte und diese Köpfe. Da muss man sich scheinbar entscheiden. Das ist ein Aspekt, den ich anspreche, aber ich finde, der ist noch nicht ganz angekommen bei der Seite, die diese Menschen sucht und braucht, nämlich die Seite der Arbeitgeber. Die Politik hat auch ihre Aufgaben zu machen, aber, wie gesagt, ich habe drei Minuten und spreche diesen Aspekt an, der mir zu kurz gekommen ist. Insofern würde ich ganz gern dazu etwas hören, ob Sie wirklich der Meinung sind – –

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Suka! Die drei Minuten sind schon überschritten.

Aferdita Suka (GRÜNE): Danke schön! Aber es sind bestimmt nicht fünf Minuten geworden, oder? – Danke sehr!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Mehr waren es nicht, aber wir nähern uns an. – Frau Günther-Wünsch, bitte!

Katharina Günther-Wünsch (CDU): Meine Güte! Ich bin heute wirklich sprachlos und würde insofern sagen, dass ich mich meinen Vorrednern anschließen möchte, dass ich diese Pauschalisierung unserer Schüler, die den Übergang in die Arbeitswelt suchen, nicht gern machen möchte.

Es ist heute aber deutlich geworden, sowohl aus der Wirtschaft als auch aus der Praxis mit den Ausführungen von Herrn Rahmig, dass es ein ganz großes Defizit bei der Orientierung und bei der Wahrnehmung der eigenen Kompetenzen gibt. Deshalb möchte ich anknüpfen an etwas, das schon angerissen worden ist: Inwiefern ist es möglich, diese Beratung, die über die Jugendberufsagentur erfolgt, prozessbegleitend zu machen und zielgenau für die Schüler, die tatsächlich ein Problem haben, einen Schulabschluss zu bekommen, bildungsfern sind oder in die komplexen Hilfebedarfe fallen, wie wir es heute schon an anderer Stelle gehört haben? Was braucht eine Jugendberufsagentur dafür? Was ist der Senat bereit, da schwerpunktmäßig reinzugeben?

Meine zweite Frage betrifft den WAT-Unterricht. Ich sehe das ein Stück weit anders als Frau Brychcy. Ich kann den Kuchen auch in tausend Stücke teilen, es bleibt trotzdem ein Kuchen. Deswegen ist meine Frage, um angesichts des Lehrermangels einen guten WAT-Unterricht zu machen: Welche Kooperation mit der Wirtschaft, mit den Unternehmen vor Ort in den Kiezen ist möglich – es ist das Schlagwort Partnerschaft von Schule und Wirtschaft gefallen – zu vertiefen und auszubauen? Was gedenkt da der Senat zu tun, und welche Schritte wären Unternehmen und Wirtschaft bereit, an der Stelle zu gehen und zu investieren?

Meine dritte Frage: Gibt es einen Kenntnisstand darüber, wie die Teilnahme an den ganzen freiwilligen Maßnahmen ist? Wir haben jetzt gehört, wie die Wahrnehmung an der Jugendberufsagentur ist, aber wie ist eigentlich die Teilnahmequote bei freiwilligen Maßnahmen?

Wir haben schon gehört, wie viele Stellen unbesetzt sind. Mich würde von der Wirtschaft interessieren, ob es eine bestimmte Branche oder mehrere Branchen gibt, die betroffen sind? Machen wir vielleicht eine zielgerichtete Berufs- und Studienorientierung, weil das schwerpunktmäßig etwas betrifft? Welche Maßnahmen ließen sich aus Sicht des Senats, aber auch der Wirtschaft einrichten, um die Vertragslösungsquote zu reduzieren?

Mich würde noch interessieren, wie sich das inklusive Angebot an Ausbildungsplätzen in den letzten Jahren hinsichtlich Angebot und Nachfrage entwickelt hat.

Zum Matching hätte ich noch eine Frage: Wir haben das gelungene Projekt der Azubibotschafter. Gedenkt die IHK, das auszubauen? In welchen Rahmenbedingungen? Welche neuen Matchingformate, angefangen bei diesem Best-Practice-Beispiel, sind angedacht? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Es gibt auf jeden Fall ein Bienchen, Frau Günther-Wünsch, für das Unterschreiten der drei Minuten! – Frau Aydin, bitte!

Sevim Aydin (SPD): Ich mache es noch kürzer: Alle Fragen wurden bereits gestellt. – Die BSO-Teams würden mich auch interessieren, weil das ein Kernmerkmal der Jugendberufsagentur war, damit die überhaupt funktioniert, und die Elternarbeit und das Landeskonzept, nur, um die Punkte zu wiederholen.

Ein Aspekt würde mich noch interessieren: vor allem die Jugendlichen, die nicht erreichbar sind. Das ist das Problem der Jugendberufsagentur auch in Berlin. Als wir die Jugendberufsagentur in Berlin eingerichtet haben – Das haben wir von Hamburg, und in Hamburg gibt es das 11. Schuljahr. Das ist eigentlich der Grund, warum es dort besser funktioniert. Die Frage richtet sich an alle, was Sie von dem 11. Schuljahr halten.

Frau Trommsdorf! Sie haben gesagt, Sie wünschen sich, dass vor jedem Praktikum ein Kompetenztest gemacht wird. Ich denke, niederschwellig ja, aber grundsätzlich dienen Praktika dazu, die eigenen Fähigkeiten zu erforschen. Das ist nur eine Orientierung. Das Problem war meistens, auch wenn man zum Teil davon gesprochen hat, dass Betriebe bereit sind, Ausbildungsplätze zu stellen, dieses und jenes bereitzustellen – Selbst da weiß ich aus der Praxis noch, dass es sehr schwierig war, Praktika zu machen. Einige kommen bei Verwandten unter, und dann ist es nur die Zahnarthelferin, der Bäcker oder sonst etwas, aber nicht andere Beru-

fe. Wir haben mittlerweile 360 verschiedene Berufe, oder jetzt sogar mehr, weiß ich nicht. Wie gesagt, ich glaube, die Unternehmen müssen auch an sich selbst arbeiten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Herr Meyer, bitte!

Sven Meyer (SPD): Jetzt wirklich nur noch zwei kurze Fragen, die eine zum Thema Abbrüche, insbesondere an Herrn Glawe und Herrn Rahmig: Was sind aus Ihrer Perspektive die wichtigsten Gründe für die hohe Abbrecherquote? Was kann das Land Berlin hier gegensteuernd tun bei der Frage der Ausbildungsfähigkeit von Betrieben, oder wie können wir die Azubis unterstützen?

Dann noch eine Frage an die IHK bezüglich der Ausbildungsplatzumlage: Sie wird oft als Strafe gesehen. Ich verstehe es tatsächlich nicht. Das ist ein Verständnisproblem von meiner Seite, denn es wird kein Geld aus der Wirtschaft herausgenommen. Das Geld bleibt ausschließlich bei der Wirtschaft. Es geht um eine Umlage. Von daher für mich zum Verständnis, wenn Sie schon mal da sind: Warum wird das als Strafe gesehen? – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Frau Burkert-Eulitz, bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – In der Regel ist die Aufgabe unsererseits, dass wir uns damit beschäftigen, wie wir Kinder und Jugendliche, hier Jugendliche, begleiten, ein selbstbestimmtes, glückliches Leben zu führen. Deswegen ist das Thema Inklusion in der beruflichen Orientierung und Berufsausbildung etwas, mit dem wir uns noch mal extra beschäftigen müssen, denn inklusive OSZs und so weiter haben wir zumindest in dem Rahmen noch nicht diskutiert. Ich mache das schon eine Weile, und ein bisschen ist es so, als ob wir das, was wir schon mal diskutiert haben, heute wieder diskutieren. Ich glaube, es ist uns allen klar, das wissen wir von uns selbst auch: Dafür, wo ich intrinsisch dahinterstehe, engagiere ich mich auch. – Deswegen ist die Frage, wie wir die Jugendlichen dazu motivieren können herauszufinden, was sie eigentlich können und wollen. Da ist die Frage in Richtung Verwaltung, Praktika vielleicht viel früher an den Gymnasien und an den anderen Schulen ab der 7. Klasse, vielleicht auch in einem größeren Umfang – –

Die Frage an den Wirtschaftsbereich: Gibt es Interesse daran, vielleicht auch jüngere Jugendliche, 12-, 13-, 14-Jährige, kennenzulernen, sich mit denen zu vernetzen und dann auch eine Entwicklung mitzubekommen, sodass man – – Wir haben einen Fachkräftemangel. Das höre ich auf der einen Seite. Wir haben die Kinder und Jugendlichen, die da sind. Da kommen auch keine anderen. Die fallen nicht vom Himmel herab. Deswegen ist die Frage, wie wir das zusammenkriegeln. Ist es eine vorgesezte außerbetriebliche Nachqualifizierung? Das weiß ich nicht, das müssen wir diskutieren. Der Durchschnitt ist in Berlin 21 Jahre alt, die dann die Ausbildung anfangen. Was passiert sinnvollerweise vielleicht in den Zwischenzeiten? Sie werden, bis sie 70 und älter sind, arbeiten müssen. Deswegen kann man vielleicht diese Zeit besser nutzen.

Die Situation der Jugendlichen ist – – Das wächst nach. Das ist durch Corona nicht besser geworden, sondern die Lücken sind größer geworden. IQB und so weiter brauchen wir – – Das sind einfach Fakten, mit den wir umgehen müssen.

Wir haben ganz viele Puzzlesteine. Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten drei Punkte, an denen wir arbeiten müssen, die wir verbessern müssen, um dieses Matching und auch das Durchhalten – Je öfter ich etwas abbreche, desto weniger halte ich durch. Deswegen ist die Frage, wie wir das hinkriegen, die Jugendlichen, aber auch die Firmen – Wie begleitet man die eigentlich in der praktischen Ausbildung, um mit den Jugendlichen, wie sie da sind – Gibt es Fortbildungen? Selbst, wenn ich als kleines Unternehmen Ausbildung machen will, bin ich nicht als Pädagogin vom Himmel gefallen. Welche Angebote gibt es für die Unternehmen, damit sie Jugendliche mit nicht ganz einfachen Biografien bei sich halten können?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Herr Tabor, bitte!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank! – Wenn man Frau Lauk, Herrn Rahmig, Frau Trommsdorf hört, wie auch meine eigenen Erfahrungen in der freien Wirtschaft, muss man den Eindruck bekommen, dass nicht alles ganz optimal läuft, wie die Jugendlichen in der Schule vorbereitet werden. – Frau Lauk! Sie sprachen unter anderem an, dass einige nicht in der Lage sind, eine Bewerbung zu schreiben, nicht richtig lesen, schreiben, rechnen können, also die Grundvoraussetzungen, um am beruflichen Leben teilzunehmen. Was kann vielleicht noch die Schule leisten, trotz Lehrermangels, trotz voller Klassen, trotz teilweise schlechter Ausstattung in den Schulen, auch wenn man auf Senatsseite bemüht ist, das irgendwie hinzubekommen? Haben Sie Ideen, was die Schulen leisten können? Ist das eher ein gesellschaftliches Problem respektive bei den Eltern, dass die auch mehr in die Verantwortung genommen werden müssen, vielleicht wieder die Verantwortung genommen werden müssen? Viele haben das an die Staatsseite abgegeben. Der Staat regelt das schon bei den Schülern, bei den Kindern. Der wird das schon lösen. – Aber offensichtlich ist das nicht der Fall.

Eine Frage an den Senat zum 11. Pflichtschuljahr; das wurde heute schon angesprochen: Hat der Senat dieses Problem bezüglich der Datenweitergabe in den Griff bekommen? Frau Senatorin Scheeres, Ihre Vorgängerin, Frau Busse, war dem Thema 11. Pflichtschuljahr nicht abgeneigt. Sie hat es zumindest mal in Erwägung gezogen. Wie ist da der aktuelle Stand? Ist man mit der Datenweitergabe in einer rechtlichen Konformität weitergekommen?

Frau Fechner-Barrère! Ich bin seit 2017 hier, und regelmäßig sprechen wir hier über dieses Thema. Unter dem Strich hat sich eigentlich nichts geändert. Von daher müssen wir mal grundsätzlich schauen, wo der Hase im Pfeffer liegt. Wo liegt der Fehler im System? Warum melden so viele Ausbildungsbetriebe: Die Leute sind nicht mehr ausbildungsreif? Bei den Abiturienten melden die Unis: Die sind nicht studierfähig. – Irgendwo muss der Fehler liegen. Immer dieses Nachjustieren erst nach der Schule: Wir müssen den Kindern beibringen, wie man eine Bewerbung schreibt, wie man liest, wie man rechnet –, das kann es nicht sein. Deshalb muss aus meiner Sicht – vielleicht sehen Sie es anders, aber vielleicht sehen Sie es genauso; vielleicht liegt es am Rahmenlehrplan – etwas verbessert werden, dass die Jugendlichen besser auf das berufliche Leben vorbereitet werden. Das wäre mal eine Anregung wie auch Frage. Wie sehen Sie das? Haben Sie Ideen, sodass im Vorfeld, bevor Sie alle aktiv werden und nachjustieren, die Schüler, die Jugendlichen in Zukunft ein Stück weit besser vorbereitet sind? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Es liegen keine weiteren Fragen vor. Wir kommen jetzt in die finale Beantwortungsrunde. – Ich würde vorschlagen, wir fangen

andersherum an, als wir begonnen haben, und Frau Trommsdorf würde als Erste das Wort haben.

Sandra Trommsdorf (IHK Berlin): Herzlichen Dank! – Ich gebe mir Mühe, alle Fragen zu beantworten, die auf meiner langen Liste stehen, und mich kurz zu halten. Krise – was würde helfen? – Auf jeden Fall keine Ausbildungsumlage, sondern lassen Sie uns doch die belohnen, die in der Krise weiter ausbilden, oder, wenn sie in wirtschaftlich unsicheren Zeiten unsicher sind, die Auszubildenden trotzdem bis zum Abschluss führen, sei es über Prämien, sei es aber auch über Bürokratieentlastung und andere Dinge, die außerhalb des Ausbildungssystems liegen.

Zum Thema Ausbildungsumlage war die Frage, warum die von vielen Betrieben als Strafe angesehen wird. Der Ansatz ist, dass sie eine Abgabe, eine Umlage zahlen. Das ist mit finanziellen Kosten verbunden. Insofern liegt es in der Natur der Sache, sich bestraft zu fühlen, während wirklich helfen würde, auf ausgeschriebene Stellen eine gute Vermittlung von Jugendlichen zu bekommen. Das wäre die Belohnung, die es an dieser Stelle bräuchte.

Warum können wir bei dem Thema nicht über Branchenlösungen sprechen? – Meine Kritik bezog sich auf eine allgemeine Ausbildungsumlage. Wenn wir über branchenbezogene Lösungen sprechen, die auch von den Tarifvertragsparteien gefunden werden, wäre das sicherlich der bessere Weg an dieser Stelle. Stichwort Bau: Wenn Sie sich die Vertragsentwicklungen in dieser Branche angucken, werden Sie sehen, dass auch mit dieser Umlage keine Vertragssteigerungen im Ziel erfolgt sind. Der Ansatz im Bau ist ein ganz anderer, denn dort gibt es eine überbetriebliche Lehrlingsunterweisung. Das ist ein ganz anderer Ansatz, der dahinterstand, eine Umlage in dieser Branche einzuführen.

Was würde stattdessen helfen? – Es würde helfen, die Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag, zum Beispiel in Richtung Ausbildungs-offensive, gemeinsam im Land Berlin anzugehen. Wir bieten gern an, das, was wir als IHK Berlin mit 2,8 Millionen Euro zusätzlich in dem Bereich tun, mit dem, was das Land Berlin machen möchte, zu verzahnen.

Stichwort Ausbildungsbotschafter: Ja, wir halten sehr viel davon, sind in guten Gesprächen und würden uns wünschen, auch das gemeinsam im Land Berlin umzusetzen. Das wäre ein Angebot, um Peer-to-Peer in der Berufsorientierung mehr Jugendliche für eine Ausbildung insgesamt zu begeistern, aber auch ganz konkret ein Angebot für Unternehmen, die Auszubildende freistellen, Nachwuchs direkt für das eigene Unternehmen zu gewinnen. Insofern: Ja, wir sind gern mit dabei.

Das Berliner Ausbildungsmodell haben wir in der ersten Runde, als es eine Pilotierung war, mit auf den Weg gebracht. Insofern unterstützen wir diesen Vorschlag in jedem Fall, weil er charmant ist, in einem Modell mit Unternehmen gemeinsam einen Bildungsgang aufzusetzen, wo Jugendliche jederzeit positiv abrechnen und in Unternehmen überwechseln können. Insofern gern mit uns eine Ausweitung auf weitere Branchen!

Stichwort 11. Pflichtschuljahr: Darauf würde ich antworten: einerseits, andererseits. – Einerseits positiv, weil wir das Datenschutzproblem lösen und den Zugriff und die Statistik der Jugendlichen bekommen. Andererseits wäre es nicht im Interesse der Berliner Unternehmen, dass wir mehr Jugendliche in vollzeitschulische Bildungsgänge lenken, mit denen sie das 11. Pflichtschuljahr schulisch absolvieren können. Insofern muss man an der Stelle genau auf das Anreizsystem schauen.

Stichwort IBA: Das ist ein duales Berufsausbildungsvorbereitungsangebot, insofern sinnvoll, um da, wo die Ausbildungsreife vielleicht nicht da ist, noch mal nachzujustieren. Noch besser wäre es, wenn es diesen Bildungsgang nicht bräuhete, weil die Jugendlichen so orientiert aus den Schulen kämen, dass sie direkt den Übergang in Ausbildung oder Studium schaffen.

Stichwort Lösungsquote: Was tun die Unternehmen? – Jeder vierte Betrieb gibt Nachhilfe und leistet damit einen Beitrag, dass die Ausbildung abgeschlossen werden kann, die vielleicht ohne diese Nachhilfe nicht abgeschlossen werden kann. Auch wir kooperieren mit verschiedenen Anbietern, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern, die es hier im Land Berlin gibt. Eine bessere Berufswahlkompetenz am Ende der Schule würde auch ein Absinken der Lösungsquoten bedeuten.

Letzter Punkt dazu: Einige Lösungen finden auch deswegen statt, weil andere Vorstellungen von Berufen vorherrschten, sodass man den Betrieb oder den Ausbildungsberuf wechselt. Das könnte man auch durch eine bessere Berufsorientierung und Kenntnis der Berufe, beispielsweise in Form von Praktika, lösen.

Praktika in der Coronazeit: Hier gab es eine sehr gute Kooperation von Senatorin Busse mit der Regionaldirektion und auch mit uns und anderen Partnern, um Betriebe aufzurufen, Plätze für die Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, die in der Coronazeit kein Praktikum machen konnten. Ich glaube, das war eine sehr gute Kooperation, ein sehr guter Start und Weg, den wir weitergehen sollten. Hier hatten wir eine hohe Bereitschaft der Betriebe, Angebote zu machen. In der Weiterentwicklung wäre uns wichtig, das Thema Plattform für Praktika im Land Berlin ähnlich „ausbildung.berlin“ weiter voranzutreiben und auch Pilotierungen, die zum Beispiel in Richtung von Ringpraktika gehen, gemeinsam auszuprobieren, weil Jugendliche dann nicht nur einzelne Berufsbilder, sondern mehrere in recht komprimierter Zeit kennenlernen können.

Praktikazeiten in den Schulen: Ja, wir sind auch für eine Entzerrung der Praktikazeiten in Betracht der Quantität der Plätze, die es in Berlin zu besetzen gilt. Es gibt innerhalb der Unternehmen etwas unterschiedliche Bedarfe. Größere Unternehmen können die üblichen Praktikazeiten recht gut abbilden, weil sie dann sehr viele Praktikantinnen und Praktikanten nehmen, kleine und mittlere eher weniger. Also, grundsätzlich gern eine Entzerrung, aber auch da, wo wir klassische Zeiten haben, wo wir viele Schülerinnen und Schüler in Praktika haben, haben insbesondere die größeren Unternehmen Möglichkeiten, das zu unterstützen. Auch an der Stelle haben wir ein Matchingthema.

Das Alter: Das Einstiegsalter in Ausbildung mit 21,3 Jahren ist, wäre meine Einschätzung, deswegen so hoch, weil verschiedene Maßnahmen in den Oberstufenzentren durchlaufen werden, auch mehrere Maßnahmen hintereinander in sogenannten Maßnahmenkarrieren, und dann erst in einem recht hohen Alter der Einstieg in duale Ausbildung stattfindet. Darunter sind dann auch Jugendliche, die eine duale Ausbildung machen, nachdem sie vorher eine vollzeitschulische Ausbildung gemacht haben oder erst in IBA waren. Der Ansatzpunkt hier wäre, das Alter zu senken, indem direkte Übergänge gelingen. Die Bereitschaft von Unternehmen, auch Jüngere in Ausbildung zu nehmen oder auch früher in der Schule kennenzulernen, ist sicherlich da. Da muss man nach Branchen und Unternehmen unterscheiden. Da ist die Situation recht berufsspezifisch auch unterschiedlich. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Herr Rahmig, bitte!

Ronald Rahmig (BBB e. V.): Ich will versuchen, die Stichpunkte, die ich mir aufgeschrieben habe, abzuarbeiten. Wenn ich etwas vergessen habe, stehe ich natürlich außerhalb gern für weitergehende Fragen zur Verfügung.

Inklusion an den OSZs: Ja, haben wir. Ich sage mal ganz vorsichtig: Wir inkludieren zum Beispiel Schülerinnen und Schülern mit emotional-sozialen Störungen in großen Quantitäten. Ansonsten hängt es ein bisschen von der Branche ab. Im Handwerk ist es meistens nicht ganz so einfach, in den Büroberufen deutlich einfacher, aber an vielen OSZs laufen entsprechende Projekte und Programme. Wir sind da nicht außen vor.

Gründe für Abbrüche: Wenn ich mit Azubis spreche, dann gibt es im Wesentlichen drei Bereiche, entweder das Privatleben der Azubis, das nicht gut geordnet ist, Schwierigkeiten in der Schule, die sind eher selten, oder eben Schwierigkeiten im Betrieb. Meistens fühlen sie sich nicht ernst genommen und kommen mit den Ausbildern und den Kolleginnen und Kollegen im zwischenmenschlichen Bereich nicht klar. Dass es inhaltliche Herausforderungen oder Schwierigkeiten gibt, ist nachdem, was ich so mitbekommen habe, eher selten.

Zum 11. Pflichtschuljahr haben wir uns als Schulleitungsverband ganz klar positioniert: Ja!

Einstiegsalter: Wenn die Betriebe sehr viele Gymnasiasten einstellen, die mindestens 18 Jahre alt sind, dann auch noch ein Auslandsjahr, ein Gap Year und so etwas gemacht haben, muss man sich nicht wundern, wenn das Einstiegsalter sehr hoch ist. Das hat nicht nur etwas damit zu tun, dass Jugendliche am OSZ den Bildungsgang IBA durchlaufen haben.

Lehrkräfte als Berufsberater: Ich würde mal sagen, voll auf die Zwölf! Das ist in der Tat sehr schwierig. Ich persönlich habe sehr gute Erfahrungen mit Quereinsteigern gemacht aus ganz vielen Gründen, weil die nämlich unter anderem die Verwertbarkeit dessen, was man in der Schule für den späteren Berufserfolg lernen soll, viel besser demonstrieren können als manch anderer. Die Herausforderung besteht nur darin, die Quereinsteiger so zu qualifizieren, dass sie mit der Lehrtätigkeit noch ein bisschen besser ausgestattet werden. Das ist eben nicht gottgegeben, sondern das kann man lernen, und die meisten können es auch. Es gibt da auch Schwierigkeiten, ja, aber wir haben in den berufsbildenden Schulen das Modell der Quereinsteiger schon ganz lange, und ich glaube, dass es auch im allgemeinbildenden Bereich, selbst, wenn man das nicht direkt vergleichen kann, sicherlich noch ausbaufähig ist, wie gesagt, wenn die Kolleginnen und Kollegen entsprechend eingeführt, qualifiziert und an die Hand genommen werden.

Berufsorientierung: Was kann man da verbessern? – Auf jeden Fall muss diese Berufsorientierung in das reguläre Schulleben integriert werden. Es reicht nicht, wenn dort einmal im Jahr ein Team einfällt, wo jeder mal zum Gespräch erscheinen muss, und dann muss das alles in 20 Minuten geklärt werden. Das kann nicht funktionieren, sondern das muss integraler Bestandteil aller Curricula und aller Fächer sein, wenn man überhaupt noch von Fächern redet. Wir haben inzwischen Lernfelder. Das ist etwas anderes, übrigens etwas Besseres, glaube ich. An das Grundsystem, die Ausrichtung der Schule, die bis jetzt überwiegend auf das Gymnasium und auf das Studium ausgerichtet ist, selbst, wenn es für die meisten gar nicht zutrifft, muss ganz grundsätzlich herangegangen und gefragt werden: Wofür soll die Schule eigentlich

qualifizieren, und was, muss man den Schülern erklären, muss ihr Beitrag dazu sein, dass es erfolgreich ist? Was müssen sie dazu können? –, das hatten wir vorhin kurz: Wenn sie selbst erkennen müssen: Was muss ich dazu können, lernen und wissen? – Dazu gehören die Grundrechenarten und auch der fiese Dreisatz.

Umlage: Auch dazu haben wir uns klar positioniert. Wir glauben, dass eine Umlage hilfreich ist. Ich weiß aus verschiedenen Branchen, wo gerade bei Kleinbetrieben die Betriebsinhaber klagen und sagen: Ja, ich kann mir vorstellen, einen Lehrling anzuleiten, aber ich kann es mir in meinem kleinen Betrieb mit den schmalen Margen nicht leisten, ihm auch noch eine angemessene Ausbildungsvergütung zu zahlen, und wenn ich sie nicht zahle, will sowieso keiner kommen. – Da wäre eine Umlage, finde ich, ein Akt der Gerechtigkeit und der Fairness, weil ich auch Anfragen von Firmen habe, die mich hinterher fragen: Hast du nicht einen Absolventen für mich? Ich brauche noch einen Kfz-Mechatroniker! –, und ich sage: Warum hast du keinen ausgebildet? – Das hat irgendwie nicht gepasst. Ich werbe lieber irgendwo anders einen ab. – Da wäre dieses Instrument ganz hilfreich, ein bisschen mehr Gerechtigkeit und Interessenausgleich innerhalb der Betriebe zu schaffen. Ich kenne durchaus viele Betriebe, die das genauso sehen und sagen: Es ist an der Zeit, dass nicht ich die Last der Ausbildung auf mich nehme – und es ist für viele eine Last –, und hinterher kommt der Nachbar, zahlt dem 1 Euro pro Stunde mehr, und dann ist er weg. – Aber ich will das an der Stelle nicht zu weit ausdehnen.

IBA war noch eine Frage: Ich glaube, dass die IBA insofern wichtig ist, weil sie eine andere Betreuungsdichte leisten kann als die allgemeinbildenden Schulen. Wir haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht, nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Betriebe zu begleiten und einen ganz engen Schulterschluss mit den Praktikumsbetrieben zu vollziehen, die nicht allein zu lassen, sondern die Betriebe zu besuchen, sie zu fragen: Was braucht ihr? Wie läuft es? – Die nehmen das dankbar an, mitunter auch Hinweise auf den Umgang mit dem einen oder anderen. Ich glaube, das ist etwas, wo schon die Grenzen in der Allgemeinbildung in der Sekundarstufe I erreicht sind. Das können die einfach nicht gut. Deshalb glaube ich, dass für Schülerinnen und Schüler mit Special Needs dieses Angebot einfach gut ist.

Zur Frage der Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler: Grundsätzlich ja! Meine Erfahrung ist nur, dass manche nicht die innere Reife entwickelt haben, um in der Lage zu sein, sich um ihren eigenen Kram zu kümmern. Polemisch: Wenn sie das könnten, dann wären sie auf dem Gymnasium. – Das ist genau das, was ganz viele nicht können, nämlich Verantwortung für sich selbst und ihre Zukunft übernehmen. Wenn sie das nicht können, dann nützt auch Mitbestimmung nichts, sondern sie in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Interessen selbst zu erkennen, dafür einzustehen und das Notwendige dafür zu tun. Das ist genau das, was eben nicht funktioniert. Da muss man sie begleiten, ihnen Anreize und auch die Möglichkeiten geben, das zu tun, aber so einfach nach dem Motto: Wir fragen euch jetzt mal, was ihr wollt, und dann werden wir ein gutes Ergebnis kriegen –, hat leider in der Vergangenheit bis jetzt noch nicht gut funktioniert. Vielleicht haben wir es auch nicht gut genug gemacht. Das mag auch sein. Meine Erfahrungen damit sind jedenfalls nicht so gut. – Ich glaube, das war es. Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Rahmig! – Frau Lauk, bitte!

Jaqueline Lauk (BLINKER FuturePlanner): Zu der Frage nach dem 11. Schuljahr: Ich bin absolut dafür, denn viele Unternehmen sortieren tatsächlich junge Menschen unter 18 aus, weil es gerade in bestimmten Branchen schwierig ist, wegen Abendarbeit und so weiter. Ich bin absolut für die 11. Klasse. Ich glaube, das würde vielen jungen Menschen helfen. Das ist meine persönliche Meinung.

Zu diesen Azubibotschaftern: Die gibt es. Da komme ich zur Frage, wie wir Unternehmen mehr einbinden können. Auch wenn ich neben oder in der Nähe von mir andere Meinungen habe: Anstatt Unternehmen mit solchen Strafumlagen zu belegen, würde ich vorschlagen, Unternehmen, die nicht ausbilden, dazu zu zwingen, in die Schulen zu gehen. Das heißt, ich zwinge den Unternehmer dazu, einfach mal in Klassen zu gehen, um selbst Kontakt mit den heutigen jungen Menschen zu haben und um dort mal Rede und Antwort zu stehen. Ich glaube, das würde viel im Matching bewirken, dass junge Menschen Unternehmen besser verstehen können, was denen wichtig ist, und umgekehrt würde es vielleicht den Unternehmen helfen, um zu sehen, dass nicht alle jungen Menschen irgendwie blöd sind und nicht lesen können. Ich glaube, das wäre eine bessere Methode, die viel mehr Ausbildungsplätze schaffen würde als Strafzahlungen.

Zu der Situation würde das auch passen, denn Lehrer können nicht diesen ganzen Job machen; wir haben es hier mehrfach gehört. Die sind nicht in der Ausbildung gewesen. Die wissen oft nicht, wie Unternehmen ticken. Deswegen wäre meine Idee, mein Wunsch: Wir haben Digitalisierung. Wir können Unternehmen in Schulklassen reinbringen, entweder per Video oder auch persönlich. Für mich müssten viel mehr Unternehmen, und zwar nicht nur die Azubis, sondern auch die Bosse, Chefinnen, wer auch immer, Führungskräfte in diese Schulen gehen. Ich merke in unserer täglichen Arbeit, dass die jungen Leute dankbar sind, wenn ältere Menschen so wie ich aus ihrer Erfahrung sprechen. Ich selbst habe eine Ausbildung gemacht, obwohl ich Abitur habe. Solche Sachen kommen bei den jungen Menschen an. Das heißt, man kann mit seinen Erfahrungen und mit dem, wie Unternehmen ticken, bei jungen Menschen eine Menge bewirken und aufzeigen, wie toll das Handwerk ist, wie viele Chancen und wie viel Sicherheit das Handwerk bietet. – Das ist eigentlich schon fast alles.

Im Übrigen haben wir jede Menge junger Leute, die gern in der Pflege und im Handwerk arbeiten würden. Ich habe Bewerber, ich habe aber die Ausbildungsplätze nicht. Ich würde mir wünschen, ich hätte sie, und ich würde mir wünschen, dass Unternehmen auf uns zukommen würden.

In der Pflege, das ist mir noch ein ganz wichtiges Anliegen, gibt es ein Riesenproblem. Es ist schön, dass wir die Pflegefachkraft in allen Bundesländern installiert haben, aber der Schulabschluss eBBR verhindert hier in Berlin, dass junge Leute einen Ausbildungsplatz dort bekommen, denn mit einem normalen Hauptschulabschluss ist es nicht möglich, Pflegefachkraft zu werden, nur dann, wenn man den Pflegehelfer gemacht hat. Den gibt es aber in Berlin nicht. Es gibt keinen Pflegehelfer, den ich einjährig machen kann, nicht als Ausbildung. Sie müssen die einjährige Pflegehelferausbildung machen. Ich habe alles abtelefoniert. Es gibt sie nicht, und wenn, ist sie nicht Schüler-BAföG-gefördert. Das als kleinen Hinweis. Das verhindert leider auch Pflegefachkräfte. – Ich habe eigentlich alles beantwortet. Meine Vorredner, Frau Trommsdorf und Herr Rahmig, haben mir in vielen Punkten aus der Seele gesprochen. Ich habe nichts zu ergänzen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Frau Lauk! – Herr Glawe, bitte!

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg): Vielen Dank für die Fragen! Ich fange mal mit der konkreten Frage nach dem 11. Schuljahr an. Auch der DGB hat sich im vergangenen Jahr im Rahmen des Wahlkampfs für die Schaffung eines 11. Pflichtschuljahrs ausgesprochen, und zwar mit den Begründungen, die hier schon mehrfach genannt wurden. Insofern wäre es in der Tat gut, diese Diskussion zu beginnen, sicherlich, wie Frau Trommsdorf erwähnt hat, mit allen Fürs und Widern, die es gibt, aber grundsätzlich sind wir mit dabei.

Zu der Frage, die mehrfach angesprochen worden ist, Frauen im Handwerk: Vielen Dank für die Nachfragen, denn ich glaube, es ist wichtig, sich das noch etwas genauer anzugucken! Wir haben seit einigen Jahren eine deutliche Verschiebung, gerade bei jungen Frauen. Wir hatten bis vor einiger Zeit eine sehr hohe Anzahl von Friseurinnen, von jungen Frauen, die Friseurin werden wollen. Das geht ziemlich dramatisch zurück, was, glaube ich, gut ist, weil es sich um Arbeitsbereiche handelt – ich sage es mal sehr freundlich –, wo man nicht reich wird. Gleichzeitig führt es dazu, dass andere Berufe attraktiver werden. Das, was wir momentan in der öffentlichen Debatte erleben, dass händeringend geguckt wird, wo die Potenziale sind: Wo können Fachkräfte zusätzlich gewonnen werden? –, führt dazu, zumindest nehmen wir das so wahr, dass Frauen für Handwerksberufe stärker einen Blick bekommen, und dann muss man sich genauer angucken, was denn das Problem ist. Warum brechen so viele ab? Warum gehen die Zahlen zurück, im Übrigen nicht erst seit Corona? Ich habe versucht, es in der Grafik darzustellen. Sie kriegen die Präsentation auch. Bei den Männern haben wir so eine Schale, und bei den Frauen geht es halt so – [Der Anzuhörende macht eine Handbewegung nach unten.] –, und zwar seit 2014 oder seit 2011. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wann die Tabelle begonnen hat. – Das ist das eine.

Es gibt positive Beispiele. Sie hatten nach positiven Beispielen gefragt. Ich hatte heute das Vergnügen, am Vormittag bei der Verleihung des Brandenburgischen Ausbildungspreises dabei zu sein, und zwar sind zehn Unternehmen ausgezeichnet worden, die attraktive Ausbildungen insgesamt anbieten, aber tatsächlich auch gute Ideen hatten, wie sie Frauen gewinnen können.

Das, was ich aus Gewerkschaftssicht zu bedenken gegeben habe, ist, dass nach unseren Erfahrungen – Frau Schedlich hat die Frage angesprochen, wie wir Jugendliche ansprechen können. Das machen wir als DGB mit unseren Ausbildungsreports. Wir sprechen direkt mit den Jugendlichen – nicht in der Schule, aber dazu komme ich gleich noch –, den Auszubildenden und fragen sie direkt, wie es ihnen geht und was für sie die wichtigen Themen sind. Dann finde ich es ein spannendes Ergebnis, wenn dabei herauskommt: Für die Jungs geht es darum: Ist dort ein geiler Akkuschauber, den ich in die Hand kriege? –, und für die Mädels geht es offensichtlich um andere Kriterien, nämlich, wie gesagt, Arbeitszeit, Arbeitsklima et cetera. Ich kann nur sagen, was dabei herumgekommen ist. Wer das Ziel hat, mehr Frauen für das Handwerk zu gewinnen, muss sich darüber Gedanken machen, was sie letztendlich davon abhält beziehungsweise warum sie abbrechen.

Mehr Mitbestimmung für Jugendliche: Ich hatte eben schon gesagt, dass wir grundsätzlich dafür sind, aber dann bitte schön auch ehrlich. Ich finde es richtig und gut, wenn die Kammer Ausbildungsbotschafter in die Schulen schicken will, aber wie gesagt: Wenn ungefähr die Hälfte der befragten Jugendlichen nach dem vierten Ausbildungsjahr sagt, dass sie ihren Be-

trieb nicht weiterempfehlen würden, muss man sich mal überlegen, wen man dann reinschickt, und auf der anderen Seite kann es nicht so sein, dass man sagt: Wir schicken nur die, die positiv über ihre Betriebe berichten –, weil es letztendlich darum geht, ein realistisches Bild zu zeichnen. Deswegen habe ich vorhin erwähnt, dass das aus unserer Sicht dazugehört. Ich finde beispielsweise die Initiative der Handwerkskammer und auch anderer Organisationen gut, mal mit Fridays for Future darüber zu diskutieren, welche Berufe zukünftig gebraucht werden. Ich finde diesen Dialog wichtig. Den unterstützen wir und haben ihn zum Teil mitinitiiert, aber auch dort geht es darum, mit den Jugendlichen zu reden und nicht zu sagen nach dem Motto: Ihr müsst jetzt! – Ich glaube, das ist nicht besonders erfolversprechend.

Dann hatten wir noch die Frage nach den Abbrüchen; Herr Rahmig hat schon etwas dazu gesagt. Ich würde sagen, das hängt mit dem zusammen, was ich vorher gesagt habe. Letztendlich geht es auch um die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben. Um das noch mal aus Sicht des DGB klarzustellen, denn, Frau Brychcy, Sie hatten gefragt, ob denn alles schlecht ist: Wenn 50 Prozent unzufrieden sind mit ihrem Betrieb, gibt es aber auch 50 Prozent, die gut sind. Uns geht es in dieser Debatte, die wir gerade führen, darum, dass Fachkräfte dringend gebraucht werden; es geht darum, die positiven Ansätze zu verstärken und vielleicht nicht allgemein in Kampagnen dafür zu werben, wie toll Ausbildung im Handwerk oder duale Ausbildung ist, sondern genauer hinzugucken: Wo ist sie denn gut, und wo ist sie nicht gut? – Das ist ein Stück weit der Unterschied zwischen uns, was die Instrumente angeht.

Wir haben gar nichts dagegen, eine neue Ausbildungsoffensive zu starten, aber wir haben seit zehn Jahren Ausbildungsoffensiven, und wir haben den Eindruck, diese Ausbildungsoffensiven sind niemals über die Mittellinie hinausgekommen. Dafür wird aber immer wieder Geld der Unternehmen, der Kammer, aber auch öffentliches Geld eingesetzt. Ich finde, man muss irgendwann auch mal die Frage stellen, was es gebracht hat. Wie gesagt, wir reden über einen Zeitraum, in dem in Berlin die Wirtschaft geboomt hat. 2009 bis 2019 hatten wir jedes Jahr ein weit überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. In dieser Zeit sind die Ausbildungsplätze zurückgegangen, und das ist kein gutes Zeugnis.

Es tut mir leid, wenn es vorhin so rübergekommen ist, dass ich auf Konfrontation gegangen bin, aber es ist, glaube ich, im Laufe der Diskussion deutlich geworden, dass es unterschiedliche Auffassungen zur Ausbildungsumlage gibt. Ich glaube, dass das ein Thema für diesen Ausschuss ist, weil zumindest die Branchen, die eine Ausbildungsumlage haben – das sind der Bau und fünf weitere Gewerke –, positive Erfahrungen damit haben. Da gebe ich Frau Trommsdorf recht: Das ist nicht das Mittel, um massenhaft neue Ausbildungsplätze zu generieren, sondern es geht darum, dass die Qualität gut ist. Es ist wirklich interessant. Gucken Sie sich den Lehrbauhof an! Die haben weniger Abbrüche. Die haben mehr Inklusion. Wenn ich zur Handwerkskammer gehe und mir die Inklusionsbeauftragte sagt: Der Lehrbauhof braucht uns nicht als beratende Institution. Die machen das selbst, und zwar wird das auch aus den Umlagemitteln finanziert. Wenn wir in Brandenburg die Diskussion führen: Wir brauchen dringend billige Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende: Diejenigen, die es machen, das ist die Bauwirtschaft, weil sie aus ihren Umlagebeiträgen als Arbeitgeber und Gewerkschaften immer gucken: Was brauchen wir, damit wir mehr junge Leute in die Ausbildung kriegen? Darum geht es. Der Gerechtigkeitsaspekt, den Herr Rahmig genannt hat, spielt dabei natürlich auch eine Rolle, weil – Ich will jetzt nicht Böses unterstellen, aber es ist schon bedenklich: Die IG Metall hat im Sommer dieses Jahres darauf hingewiesen, dass bei den

klimarelevanten Berufen zwei Drittel der gut ausgebildeten Handwerkerinnen und Handwerker von der Industrie abgeworben wurden. Das ist genau die Situation, vor der wir momentan stehen. Kleine Betriebe bilden aus. Es gibt Betriebe, die die Investitionen der Ausbildung nicht hatten, die Ausgaben, die Kosten nicht hatten, und sich dementsprechend, ich sage nicht, bedienen, aber davon profitieren.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Glawe! Kommen Sie bitte zum Ende!

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg): Ich finde, das war doch ein schönes Schlusswort.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wunderbar! Herzlichen Dank! – Frau Fechner-Barrère, bitte!

Birgit Fechner-Barrère (BA Tempelhof-Schöneberg): Vielen Dank! – Ich wollte nicht das Schlusswort halten, aber es ist fast so, wenn ich auf die Zeit sehe. An mich wurden mehrere Fragen herangetragen.

Ich fange auch mit dem 11. Schuljahr an. Wir aus der Jugendberufsagentur, aus der Praxis, sehen durchaus, dass ein 11. Pflichtschuljahr ganz gut wäre, denn dann hätten wir wahrscheinlich das Problem mit der Datenweitergabe geregelt, das wir aufgrund der Landesdatenschutzbeauftragten in der Stadt haben, dass man dann einfacher diese Daten an die Jugendberufsagentur weitergeben kann. Das war eine Frage, die kam: Ja, es gibt ein Problem mit den Daten der unversorgten Bewerber. Das geht über die Beraterinnen und Berater der beruflichen Schulen. Wenn die Eingaben im EALS gut waren, können die Daten weitergegeben werden. Dann gibt es eine gemeinsame Nachvermittlungskaktion der Jugendberufsagentur von allen Partnern. Die versuchen, die Schüler und Schülerinnen, die nicht im EALS gemeldet sind, aber von den Schulen abgehen, zu erreichen. Das ist im Moment eine sehr aufwendige Aktion, und das muss im Zusammenspiel der Partner in der Jugendberufsagentur passieren. Das könnte man einfacher machen.

Hinzu kommt: Jobcenter und Agentur für Arbeit nutzen gemeinsam die VerBIS-Datenbank. Wir als bezirkliche und die Berater der beruflichen Schulen haben ein anderes Datensystem und kommen nicht in VerBIS rein. Das heißt, wir haben keine gemeinsame Plattform, Datenbank in der Jugendberufsagentur. Das war von Anfang an klar, war aber auch eine Baustelle, die damals nicht geregelt werden konnte. Das 11. Schuljahr wäre auch für das, was Herr Tabor gesagt hatte – – Vielleicht könnte man dann gezielt gucken, wo denn die Lücken bei den jungen Menschen sind, die jetzt im 11. Schuljahr sind, und wo man nachjustieren muss, ganz gezielt gucken, ob die Lücken in Mathe, in Deutsch sind, aber vor allen Dingen Bewerbungscoaching – wie schreibt man denn Bewerbungen –, und auch da nachjustieren, denn das läuft in den Schulen nicht, wobei ich immer sage: Lehrer sollten nicht unbedingt in Deutsch die Bewerbung schreiben üben; dafür gibt es Spezialisten. Bewerbung heutzutage: Die meisten Firmen wollen keine Bewerbungsmappe mit Foto mehr haben, sondern es gibt Onlinebewerbungen. Dafür haben wir das Coaching in der Jugendberufsagentur. Das wird auch in Anspruch genommen, und meine Kolleginnen und Kollegen, die das Coaching machen, sind fit. Die machen regelmäßig Fortbildungen, wie Bewerbungen auszusehen haben und wie man Onlinebewerbungen abgibt.

Zum Thema von Frau Schedlich, Personal: Die Jugendberufsagentur ist damals mit einem bestimmten Personalschlüssel ausgestattet worden, die Bezirke mit zwei Vollzeitäquivalenten als Jugendberater in der Jugendberufsagentur. Das reicht nicht, kann ich Ihnen sagen. Ganz viele Standorte der Jugendberufsagentur – – Das war nur die Mindestausstattung. Ganz viele Bezirke haben draufgesattelt. Bei uns zum Beispiel sind es drei Beraterstellen, die ich habe. In anderen Bezirken: Neukölln hat sogar vier, Pankow, weiß ich, hat fünf Beraterstellen, Mitte auch. Das heißt, man braucht ganz eindeutig mehr Ressourcen.

Mehrsprachigkeit funktioniert gut. Es kommt auf das Team an. Ich selbst arbeite am Standort mit einem multikulturellen Team, was auch eine Herausforderung ist, aber dadurch können wir sehr viele Sprachen abdecken, und wir arbeiten sehr eng mit den Jugendmigrationsdiensten zusammen. Es ist im Konzept der Jugendberufsagenturen so vorgesehen – hier wurde auch ein bisschen nachjustiert –, dass man sagt, die Jugendmigrationsdienste gehören mit ihrem Beratungsangebot zwingend in die Jugendberufsagentur, und das muss verzahnt werden.

Genauso arbeiten wir mit den Integrationslotsen, die es in den Bezirken gibt, zusammen, wenn Sprachen nicht abgedeckt werden können.

Der Rehabereich ist eine Baustelle in der Jugendberufsagentur, die dringend geschlossen werden muss. Bei uns am Standort habe ich es erst mal so geregelt, dass in unseren Fallkonferenzen immer ein Rehater – wir als Bezirk gehören zur Agentur Süd – von der Agentur Süd dabei ist, um dort anonymisiert gemeinsam ein Brainstorming zu machen, Fälle zu besprechen und zu gucken, was man tun kann. Schön wäre es, wenn die Regionaldirektion sich irgendwann mal entscheiden könnte, dass eine Sprechstunde mindestens einmal im Monat – die Aussichten sehen gut aus, ich glaube, das kommt demnächst – an den Standorten der Jugendberufsagentur angeboten werden kann. Dann haben wir aber immer noch das Problem, dass die Reha für einen Teil der jungen Menschen mit deren Beeinträchtigungen nicht zuständig ist und auch keine Angebote hat und da andere versorgen müssen. Ich habe als bezirkliche Koordinatorin, als bezirklicher Teil der Jugendberufsagentur immer ein bisschen den Blick auf die jungen Menschen, die auch mit dem besten Coaching nicht geradlinig in den ersten Ausbildungsmarkt kommen, die andere Unterstützungsmöglichkeiten brauchen. Da haben wir über die Jugendberufshilfe gute Modelle in der Stadt. Wir arbeiten zum Beispiel, das ist vielleicht einigen bekannt, schon sehr lange mit der BSR in einem Berufsvorbereitungsprojekt – „Gemeinsam schaffen wir das!“ – zusammen, und da kann ich nur sagen, dass die Erfolge einfach gut sind. Da haben wir nämlich junge Menschen mit sogenannten emotional-sozialen Störungen drin, die über die Berufsvorbereitung, finanziert über § 13 Absatz 2 SGB VIII, über die Jugendberufshilfe zusammen mit der BSR und einem Träger, GFBM, vorbereitet werden. Entweder springt nach diesem Jahr ein Arbeitsvertrag raus, was für einige erst mal toll ist, und eigenes Geld zu verdienen, oder sie sind so weit gefördert worden, dass sie auch in die Ausbildung gehen können. Solche Projekte, denke ich, muss es mehr geben, denn wir werden in dieser Stadt immer eine Reihe von jungen Menschen haben, die mit allen Bemühungen nicht sofort in den ersten Arbeitsmarkt kommen und andere Unterstützungsmöglichkeiten brauchen.

Aufsuchende Arbeit war immer wieder das Thema: Aufsuchende Arbeit ist ein ganz wichtiges Instrument in der Jugendberufsagentur. Natürlich unterschreibe ich: Ja, wir erreichen nicht alle. Wir erreichen die nicht, die sich hinter ihren vier Wänden aufhalten, denn die Angebote sind freiwillig, außer, jemand bekommt Transferleistungen vom Jobcenter. Dann haben die Jobcenter die Möglichkeit, über die Verpflichtung „Fördern und Fordern“ und Mitwirkung, natürlich auch aufsuchende Projekte – das machen die Jobcenter auch, diese Projekte entwickeln wir in der Regel konzeptionell zusammen in der Jugendberufsagentur –, an der Haustür zu klopfen, zu klingeln, worüber manche junge Menschen, die sich sehr hinter ihrem Computer zum Beispiel oder auf ihrer Couch versteckt haben, ganz froh sind. Das muss man sagen. Aber da muss man wirklich gucken, wie die Konzepte aussehen. Die Möglichkeit gibt es, aber eben im SGB II und nicht in den anderen Rechtskreisen. Bei uns ist die Möglichkeit, dann über Werbung, über die Peergroup im Bezirk, im Kiez präsent zu sein. Wir betreiben im Schöneberger Norden in einem Quartiersmanagementgebiet mit niedrighschwelligem Zugang einen kleinen Laden, der offen ist, wo man mit all seinen Problemen hinkommen kann, wo aber auch die Eltern hinkommen können. Ganz oft sind es vor allen Dingen Mütter, Großmütter oder Tanten, die kommen und sagen: Ich habe da jemanden zu Hause. Vielleicht kann ich mal gucken, vielleicht kann da jemand unterstützen. – Die sind dann in der Lage, den jungen Menschen ein bisschen in die aufsuchenden Projekte zu schieben. Wenn dann der erste An-

satz ist, der hat die erste Schwelle genommen, ist über die Schwelle in den Laden gegangen, dann funktioniert es auch.

Die Kooperation mit den Jugendfreizeiteinrichtungen oder Familienzentren ist bei der aufsuchenden Arbeit sehr wichtig, weil darüber der Bekanntheitsgrad der Jugendberufsagentur größer wird. Genauso ist es aber über die ganzen Onlineformate, die im Moment von der Senatsverwaltung – – Wir sind bei Instagram, TikTok, also ganz vielen Formaten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich muss Sie leider auch bitten, langsam zum Ende zu kommen.

Birgit Fechner-Barrère (BA Tempelhof-Schöneberg): Ich würde nur gern, weil das eigentlich mein Thema ist, was mich immer umtreibt, zu Mädchen und jungen Frauen noch etwas sagen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass junge Frauen und Mädchen bestimmte Ansprachen haben. Deswegen ist bei uns am Standort der Jugendberufsagentur eine Beratungsstelle für Mädchen und junge Frauen, die zweimal in der Woche berät, die bekannt ist. Wir haben daher einen sehr hohen Anteil von Mädchen und jungen Frauen in der Beratung, was nicht in allen Standorten in den Beratungsleistungen der Jugendberufsagentur der Fall ist. Mädchen regeln ihre Probleme öfter eher selbst, suchen sich weniger Hilfe, sind weniger auffällig, das wissen wir, als junge Männer. Ich merke auch, dass gerade durch diese Beratung und durch die Beraterin bei mir am Standort der Mädchenberatungsstelle Mädchen und junge Frauen eher eine Unterstützung haben, vielleicht Berufswege zu wählen, die auch von ihrem Elternhaus her, das darf man auch nicht vergessen, nicht so im Fokus sind, wo sie Unterstützung brauchen, dass einfach jemand da ist, der ihnen sagt: Ja, diesen Weg können wir gemeinsam gehen. Wenn da Probleme sind, unterstütze ich dich, und ich bin auch immer da. – Die Möglichkeiten gibt es. Es gibt auch die Möglichkeiten – – Es wenden sich Betriebe an uns, wenn die Ausbildung zu kippen droht. Wir können über ambulante Begleitung Fachleistungsstunden gewähren, um junge Menschen dabei zu begleiten, in die Ausbildung zu gehen, oder, wenn sie in der Ausbildung sind und dort Probleme auftauchen, nicht rauszukippen.

Bildungsferne Schüler, das muss ich auch noch schnell sagen, und Prozessbegleitung der JBA: Eigentlich sind wir erst im zweiten Halbjahr des 10. Schuljahres zuständig für die jungen Menschen. Das ist die Zielgruppe der Jugendberufsagentur: ab 15 Jahren, das heißt in der Regel im 10. Schuljahr. Wir arbeiten sehr eng mit den Schulsozialarbeitern zusammen. Das ist an allen Standorten der Jugendberufsagentur so. Das Landesprogramm Schulsozialarbeit ist relativ flächendeckend an den allgemeinbildenden Schulen in Berlin. Ich denke, es ist wichtig, dass die Kooperation mit Schulsozialarbeitern und die Überstellung, wenn schon in der 9. Klasse, 10. Klasse klar ist, dass der junge Mensch ohne Abgangszeugnis die Schule verlassen wird – – Da braucht man kein Perspektivgespräch mehr zu machen. Der braucht eine andere Unterstützung. Da muss die Verzahnung zu den Jugendberufsagenturen frühzeitig passieren. Das wird auch bei der Überarbeitung des Handbuchs der Mindeststandards, was gerade passiert, ein wichtiger Passus sein und aufgenommen werden, denn da ist klar, dass derjenige eine andere Unterstützung braucht, und da reicht nicht allein die Beratung und Vermittlung durch die Berufsberatung. – Ich glaube, es waren nicht mehr als – –

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich sage Ihnen hinterher, wie viele Minuten es waren. Es war auskömmlich. Wir haben etwas später mit dem Ausschuss angefangen. Deshalb bitte ich jetzt um eine kurze Schlussrunde vonseiten des Senats.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Frau Vorsitzende! Ganz bestimmt! – Ich gehe mal auf ein paar Fragen ein, bevor ich zu den ausführlichen Erläuterungen – keine Angst, das war ein Scherz – aus meinem Haus komme.

Frau Dr. Jasper-Winter! Sie haben berechtigt gefragt, wie noch mehr Schulen am Talente-Check Freude haben können. Als ich dort war, hat mir der Talente-Check gesagt, sie sind ausgebucht bis weiß nicht, wann, was positiv ist, aber natürlich können Schulen das in ihr Schulprogramm aufnehmen und als feste Größe festschreiben oder im Schulvertrag. Dann kann jedes Jahr mal draufgeguckt werden, ob man auch dort gewesen ist.

Frau Günther-Wünsch! Zur besseren Verzahnung von Unternehmen, Praxis und Jugendlichen: Ein wunderbares Beispiel, wo ich war, ist das Unternehmen Stadler in Pankow, riesig. Das hat ganz enge Kooperationen mit Schulen. Das läuft wunderbar und sehr individuell. Das hat mir gut gefallen. Wenn das noch mehr Unternehmen mit ihren Schulen im Umkreis machen, sind wir schon einen Schritt weiter.

Ich bin auch im FEZ in Treptow-Köpenick gewesen. Dort war eine Ausbildungsmesse. Herr Rahmig hat dort auch ausgestellt. Was da so gut war: Für die Unternehmen standen Azubis hinter den Countern, nicht die Chefinnen und Chefs, sondern die Azubis, und da gab es nicht so eine Hemmschwelle für die Jugendlichen. Das war auch ein gutes Beispiel und gar nicht so schwer umzusetzen.

Zur Frage von Frau Burkert-Eulitz, Praktika früher und mehr: Ja, das ist eine schöne Idee und würde vielen Spaß machen, passt aber einfach nicht in die – – Das war nicht Ihre Frage? Entschuldigung! – [Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Doch!] – Doch! – Das passt aber nicht in die Rahmenpläne. Es gibt in jedem Schulfach vorgegebene Stunden, die erfüllt werden müssen. Das ist länderübergreifend. Das kann Berlin nicht allein entscheiden. Deswegen ist es sehr schwierig, noch mehr Praktika anzubieten.

Herr Tabor kritisierte die mangelnde Fähigkeit, Bewerbungen zu schreiben. Das wird es im Einzelnen geben, aber das Thema Bewerbung ist im Rahmenplan ein ganz großes Thema und wird intensiv mit den Schülern durchgeführt.

Ganz interessant: Beim 11. Schuljahr scheint hier Einigkeit zu sein. – Ich übergebe jetzt an Herrn Salchow und dann auch noch an Herrn Jahnke. – Vielen Dank!

Mirko Salchow (SenBJF): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich werde zu den Punkten die noch offenen Fragen beantworten, habe es thematisch gebündelt und würde dann an Herrn Jahnke als Leiter der Netzwerkstelle der Jugendberufsagentur übergeben und ihm dem Block JBA zur Beantwortung überlassen.

Ich fange hinten an, mit dem 11. Pflichtschuljahr, weil das im Zuge der Aussprache sehr häufig Erwähnung fand. Wir haben faktisch in Berlin ein 11. Pflichtschuljahr. Das heißt, wir haben Angebote für alle Schulabgängerinnen nach Klasse 10. Wir haben in der Stadt ein sehr diversifiziertes Angebot von unterschiedlichen Akteuren. Das 11. Pflichtschuljahr gibt es so nicht und kann es vermutlich auch nicht geben, denn es geht nicht darum, ein Datenschutzhemmnis über ein 11. Pflichtschuljahr zu lösen, sondern es geht darum, im 11. Pflichtschul-

jahr jungen Menschen ein wirklich adäquates Bildungsangebot zu machen. Das heißt, hinter einem 11. Pflichtschuljahr muss es ein konzeptionelles Angebot geben, das genau dieses Jahr passend legitimiert und begründet. Wie gesagt, wir haben für alle Schülerinnen und Schüler ein Angebot. Es geht darum, diese Maßnahmen kohärent aufeinander abzustimmen und durch gute Beratung jeweils für den Jugendlichen das passende Anschlussangebot zu finden – das ist unsere Herausforderung – und den Kreis derer, die wir zunächst nicht erreichen konnten, möglichst klein, am besten gegen null, zu halten. Im Übrigen gibt es über die schulgesetzliche Änderung jetzt neu im § 64 anders als vorher die Möglichkeit, Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr zu kontaktieren.

Das Landeskonzept Berufliche Orientierung hat einen größeren Raum bei den Fragen eingenommen. Für Sie noch mal als Information: Wir befinden uns in der Schlussphase der Novellierung. Wir befinden uns dazu in enger Abstimmung mit allen Wirtschafts- und Sozialpartnern. Es gab umfangreiche Stellungnahmen zu unserem Vorschlag, und diese werden jetzt sämtlich erfasst und eingearbeitet, sodass wir ganz bald ein finales Ergebnis vorlegen können, das am Ende durch einen Senatsbeschluss in Kraft gesetzt wird.

Noch mal zur Einordnung: Dieses Landeskonzept ist kein Rezeptbuch. Es ist ein Handlungsleitfaden für die Berliner Schulen, berufliche Orientierung in ihren Häusern bestmöglich umzusetzen, und zwar immer mit Blick darauf umzusetzen, dass wir in Berlin die eigenverantwortliche Schule haben. Das heißt, es gibt nicht das BO-Konzept für die Berliner Schule, sondern aus dem Landeskonzept heraus muss jede Schule für sich, für ihre spezifischen Rahmenbedingungen, für ihre Klientel, für ihre Bedarfe ein berufliches Orientierungskonzept im Rahmen des schulinternen Curriculums erarbeiten und dann natürlich auch umsetzen. Gleichmaßen ist damit Evaluation erfasst. Wir haben im Landeskonzept jetzt zusätzlich Befragungen aufgenommen. Wir haben zusätzlich aufgenommen, dass es eine engere Kontrolle auch über die Arbeit des Beirates geben wird. Dennoch heißt eigenverantwortliche Schule auch: Sie sind zur internen Evaluation verpflichtet, und sehr viele Schulen setzen genau hier, bei der beruflichen Orientierung, einen Schwerpunkt im Rahmen ihrer zu erbringenden internen Evaluation.

Es wurden konkrete Fragen hinsichtlich der Inhalte dieses Konzepts gestellt. Was ist neu? – Wir haben uns bemüht, entlang der gesamten schulischen Bildungskette Ergänzungen vorzunehmen. Als Beispiel seien die Schulpaten im Grundschulbereich bis hin zur gymnasialen Oberstufe genannt, wo jetzt neu das Kompetenzfeststellungsverfahren als Kann-Regelung vorgesehen ist. Der Talente-Check ist aufgenommen, das hat bereits Erwähnung gefunden. Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen zu sagen, dass wir als eines von fünf Pilotländern eines insgesamt achtköpfigen Konsortiums an Bundesländern erstmalig zu diesem Schuljahr die Berufswahlpass in Berlin an den Start bringen. Das ist eine Anwendung, die den vormaligen in Papierform befindlichen Berufswahlpass ablösen wird und ganz neue Möglichkeiten bietet, im Rahmen der beruflichen Orientierung zu arbeiten. Das wird das Gebiet der Berufs- und Studienorientierung in den Schulen ein Stück weit verändern. Man kann sehr viel schneller auf aktuelle Bedarfe reagieren; beispielsweise sei der Auftrag aus der Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung genannt, sich hier verstärkt den Klima- und Solarberufen zuzuwenden. Über solche fortschrittlichen Anwendungen ist es möglich, sehr schnell entsprechendes didaktisches Material zur Verfügung zu stellen, um in den Schulen damit zu arbeiten. Zum Landeskonzept gehört natürlich auch die Arbeit der BSO-Teams und -Tandems. Diese ist seit 2015 etabliert. Allerdings haben wir uns hier vorgenommen,

konzeptionelle Arbeit zu leisten, denn mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass wir in Richtung Standardsetzung noch Arbeit zu leisten haben. Die Arbeit der Teams und Tandems gehört ein Stück weit auf den Prüfstand, und das ist etwas, was wir noch in diesem Schuljahr als Arbeitsauftrag angenommen haben und beginnen werden.

Zum Talente-Check hat Frau Busse bereits geantwortet. Das muss ich nicht noch mal wiederholen. Vielleicht nur im Zusammenhang mit dem Thema Praktikum: Es wurde gefordert, dass vor jedem Praktikum ein Kompetenzfeststellungsverfahren stattfindet. Wenn Sie sich die zeitlichen Abläufe anschauen, dann ist der Talente-Check für die Klasse 8 konzipiert, und das betriebliche Praktikum in der Sekundarstufe I findet in der Regel in der Klasse 9 statt. Das heißt, Sie haben hier schon mal etwas vorgeschaltet, sodass die jungen Menschen nicht desorientiert in ihr betriebliches Praktikum starten. Die Ausweitung der Praktikumszeiten wurde angesprochen. Da das nicht ganz trivial zu lösen und zu verändern ist, legen wir den Fokus darauf, Praktika insbesondere von der Qualität her zu steigern. Ich muss sagen, wir sind hier in einem sehr guten und erfolgreichen Austausch mit der Wirtschaft. Die Praktikumsinitiative wurde bereits von Frau Trommsdorf angesprochen. Wir haben jetzt ganz aktuell eine Abfrage an den Berliner Schulen gestartet, um zu wissen, wann die Berliner Schulen ihre Praktika durchführen, um genau mit dieser Information gegenüber der Wirtschaft transparent zu machen, wann die Peaks der Belastung auf die Unternehmen zukommen, dass das entsprechend transportiert werden kann und die Unternehmen hierauf vorbereitet sind und sich darauf einstellen können. Es ist wichtig, an der Qualität der Praktika zu arbeiten, unabhängig davon, dass man sich immer eine Ausdehnung der Zeiten wünschen kann. Wichtig ist, dass diese Praktika nicht als eine lästige Pflichtaufgabe der Akteure gesehen werden, sondern tatsächlich dazu führen, dass junge Menschen wohlwollend in den Betrieben aufgenommen werden. Ich meine festzustellen, dass Betriebe zunehmend einen anderen Blick auf das Praktikum bekommen, weil sie sehr wohl merken, dass Praktika im Rahmen der Fachkräftegewinnung zunehmend eine Bedeutung bekommen, die vielleicht so in der Vergangenheit nicht gegeben war, sondern das eher als zusätzliche Belastung empfunden wurde. Hier scheint sich eine Veränderung abzuzeichnen.

Ein sehr wichtiger Punkt, der mehrfach genannt wurde, war die unrühmliche Zahl der Vertragslösungsquote in Berlin. Tatsächlich haben wir hier im Bundesvergleich keinen guten Platz. Man muss dazu sagen: Nicht jeder gelöste Vertrag ist gleichzeitig ein Vertragsabbruch, sondern es geht auch darum, dass junge Menschen sich umorientieren und an anderer Stelle neue Ausbildungsverträge eingehen. Das allein ist natürlich nicht zur Beantwortung dieser Frage geeignet. Wir wenden uns gerade dem Prozess der Lernortkooperation noch mal intensiver zu. Das ist zwar eine Pflichtaufgabe nach dem Berufsbildungsgesetz. Gleichwohl ist das eine sehr herausfordernde Aufgabe, denn gerade für die Betriebe ist die Form der Lernortkooperation eine zusätzliche Aufgabe, und wir versuchen, Formate zu finden, die wir bereits erfolgreich in einem Piloten getestet haben, die es den Betrieben niederschwellig ermöglichen, aktiv in Lernortkooperationen einzutreten, weil es insbesondere wichtig ist, sich frühzeitig über die Situation einzelner Auszubildender zu verständigen zwischen den Lernorten, um rechtzeitig Signale darüber wahrzunehmen und gegensteuern zu können, wo sich möglicherweise Vertragsabbrüche abzeichnen. – Das wären die wesentlichen Punkte, die ich noch beitragen wollte. Ich würde jetzt für den Punkt JBA an Herrn Jahnke übergeben.

Ralf Jahnke (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich möchte auf den Punkt eingehen, der uns am Anfang der Etablierung der Jugend-

berufsagentur bewegt hat, die Frage: Können wir die vorhandenen Ressourcen fokussieren auf die Jugendlichen, die es nötig haben? – Da muss ich Ihnen ganz klar Auskunft geben: Das bisherige Setting, dass wir davon ausgehen, dass wir beim Übergang von der Schule in den Beruf dem Jugendlichen nicht an der Nase ansehen können, ob er später in eine unterstützungsnotwendige Situation kommt, hat sich bewahrheitet. Wir haben bei den Jugendlichen, die Beratungsunterstützungsbedarf haben, eine breite Heterogenität von Falllagen, sodass auch Abiturienten in psychischen Krisenlagen, in Suchtsituationen und so weiter im Alltagsgeschäft der Beraterinnen der Jugendberufsagentur eine Rolle spielen und ich keine Möglichkeiten sehe, und das ist geteilte Fachauffassung in unseren Bundesländern, wo wir ein gleiches Modell fahren – Hamburg, Bremen und Berlin haben relativ analoge Modelle, und wir haben andere Modelle der Fokussierung in den Flächenländern, wo wir eine Jugendberufsagentur haben, die nur einen Schulstandort in der Anschlusssituation als Kooperationspartner hat, wo die Wege etwas einfacher sind und die Fokussierung etwas besser gelingt. Wir müssen uns klarmachen, dass die Heterogenität der Angebote, was jungen Menschen – Eine traditionelle bildungsbürgerliche Familie hat heute schon Schwierigkeiten, die Studienwege so zu analysieren, ob es Möglichkeiten gibt, das eigene Kind, einen Jugendlichen dort unterzubringen. Das heißt, es entstehen auch hier Beratungslagen, und das wird insbesondere von der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit ernst genommen.

Da haben wir das zweite Problem, das uns in der Entwicklungsphase aufgefallen ist, nach Corona und mit Corona: Die Jugendlichen und Eltern entscheiden sich langsamer über bestimmte Berufswege, gerade bei der Zurückhaltung in Entscheidungslagen: Wie ist die Ausbildungsplatzsituation jetzt in der Krisenlage? – Wir haben vorhin diese Version gehabt, dass Jugendliche sich auf sichere Berufe zubewegen. Nein, es ist manchmal noch aufwendiger: Sie entscheiden sich gar nicht. Alle Beraterinnen aus allen Rechtskreisen melden, dass der Zeitaufwand und die Kontakthäufigkeit zunehmen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, wenn wir über den Ressourcenbedarf sprechen und gleichzeitig wissen: Wenn wir 60 000 Beratungen haben, wobei bei den Berufsberatern auch die Schnittstelle zu den allgemeinbildenden Schulen mitgerechnet ist, dann ist das bemessen auf die Gesamtkohorte von 15, 16 bis 24 ungefähr ein Viertel, weil wir dann 240 000 Jugendliche haben. So viele Fälle treten auf, und das ist in der realistischen Betrachtung von Beratungsbedarfen und Übergangsproblemen ein Maßstab, der einigermaßen in Ordnung ist. Trotzdem bleibt die Frage, wie viel Zeit erübrigt werden kann. Da haben wir bei den Taktraten, die wir im Jobcenter haben, insbesondere bei der Berufsberatung, engere Taktraten als schon bei der Jugendberufshilfe oder bei den Beraterinnen der beruflichen Schulen. In der Summe rechtfertigen aber meines Erachtens die jetzigen Bedarfe den Aufwand.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der traditionell ein Thema war, die inklusive Öffnung der JBA. Es wurde gesagt, die Integration der Rehaberaturg. Wir müssen uns klarmachen, und das macht die Wahrnehmung von Familien und Jugendlichen so schwer: Was ist Jugendberufsagentur, und was ist eine Verweisberatung an einen Rehafachdienst oder eine Teilhabeleistung der Häuser für Teilhabe? Wir haben ein unheimlich ausdifferenziertes Fördersystem für Jugendliche, das zum Ansatz kommt. Da ist es teilweise schwierig, ein Konzept zu haben. Die Jugendberufsagentur hat im ersten Schritt die Professionalisierung betrieben, dass jeder Berater von einem Rechtskreis, also vom Jobcenter, weiß, was die Angebote der beruflichen Schulen sind, damit im Fall der Fälle diese warmen Übergaben, die wir anstreben, also den Jugendlichen schnell über den Flur dem Kollegen bringen – Frau Trommsdorf! In dem Fall, wenn ein Jugendlicher eine schulische Ausbildung anstrebt: Unsere Berater schi-

cken die erst mal zu den Akteuren der Berufsberatung, um Alternativen in der dualen Ausbildung zu prüfen. Das ist der erste Schritt. Jetzt kommt der zweite Schritt, der mehr Zeit gebraucht hat als bisher: Es gibt den Aufwand, auch über die Wege zu sprechen, in welcher Reihenfolge Jugendliche welche Qualifizierung übernehmen, damit sie schneller zu einem Berufsabschluss kommen. Das ist eine Systemfrage. Bisher haben alle Akteure immer reagiert. Es wurde so lange um Zuständigkeiten gerungen, dass man erst zuständig wurde, wenn jemand an anderer Stelle nur den Abbruch des Jugendlichen feststellen konnte. Jetzt müssen wir über Bildungsketten reden, gerade für Jugendliche, die länger Zeit brauchen. Das ist ein Aufwand, den wir jetzt anpacken.

Jetzt muss ich noch einen kleinen Schlenker zur Datenweitergabe machen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Einen ganz kleinen Schlenker!

Ralf Jahnke (SenBJF): Einen ganz kleinen! – Die Regelung über das Schulpflichtjahr oder die Datenweitergaben in dem Kontext lösen nicht das Problem, das wir haben. Die Jugendlichen erreichen wir relativ gut am Übergang aus der 10. Klasse in die berufliche Qualifizierung. Was uns Probleme bereitet, sind die Älteren. Gerade in der Pandemie sind uns die Älteren abhandengekommen. Dann kann auch die aufsuchende Beratung keinen Datensatz der Welt von einem Partner erwarten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank an alle Angehörten, und im Übrigen gute Besserung an Herrn Marks von der UVB, der heute krankheitsbedingt nicht dabei sein konnte! – [Allgemeiner Beifall] – Von daher vielen herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben! Man hat gemerkt: Dadurch, dass es ressort- und verwaltungsübergreifend war, konnten wir alle Punkte ansprechen. Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.